

# Eisiges Tauwetter

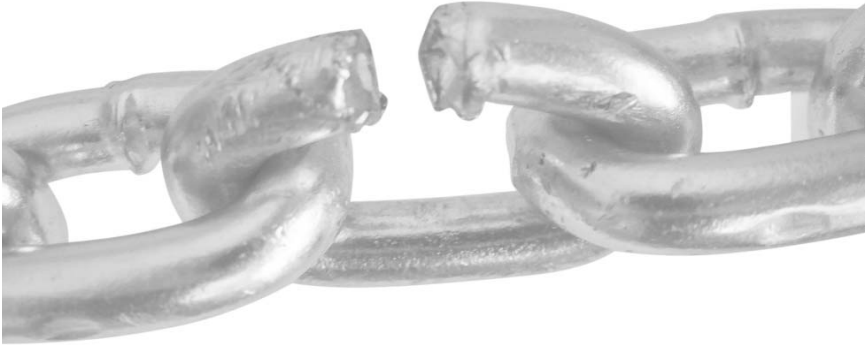
---

**Der Prager Frühling 1968  
Geraer Ansichten**



**Eine Dokumentation der  
Gedenkstätte Amthordurchgang e.V.**

# Der Prager Frühling 1968 Geraer Ansichten



*„Die Konterrevolutionäre spekulierten darauf, dass es ihnen in der komplizierten und zugespitzten internationalen Situation, die durch die aggressiven Aktionen des amerikanischen Imperialismus und insbesondere durch die Aktivierung der revanchistischen Kräfte Westdeutschlands entstanden ist, gelingen werde, die Tschechoslowakei aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten heraus zu brechen.“*

Volkswacht vom 24. August 1968

**Herausgegeben von der Gedenkstätte Amthordurchgang e.V.**

Gefördert vom:



**Thüringer  
Kultusministerium**

Die verwendeten Auszüge wurden der neuen Rechtschreibung angepasst und redaktionell bearbeitet.

Layout: Wolfgang Röthgens  
Druck: Druckhaus Gera GmbH

Diese Broschüre entstand mit freundlicher Unterstützung des  
Druckhaus Gera GmbH



Gera 2008

# Inhalt

|                                                                |    |
|----------------------------------------------------------------|----|
| Einführung .....                                               | 4  |
| „Dubèek dobøe? – Dubèek gut?“ – Armin Krüger .....             | 6  |
| Es lebe Dubèek – Rudolf Lucius .....                           | 17 |
| Es lebe die ÈSSR – Gerd Franke .....                           | 25 |
| Die Reform könnte ein Aufbruch werden – Wolfgang Freytag ..... | 32 |
| Der Morgen des 21. August 1968 in Prag – Gabriele Fuchs .....  | 41 |
| In Prag herrschte der Ausnahmezustand – Gisela Z. ....         | 45 |
| Wir müssten wachsam sein – Bernhard Bräuner .....              | 49 |
| Der Operative Vorgang „Fenster“ .....                          | 52 |
| Abkürzungsverzeichnis .....                                    | 63 |

## Einführung

Nach der Ablösung des seit 1953 herrschenden Parteichefs Novotný im Januar 1968 begannen Reformer an der Spitze der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPÈ) die Entwicklung in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ÈSSR) zu bestimmen. In ihrem Aktionsprogramm vom April 1968 wurde der Weg für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz aufgezeigt. Sie wollten nicht mit Zwang und Unterdrückung herrschen, sondern das Volk mit dem Vertrauen in ihre Politik führen.

Mit diesem Vertrauen wurde 1946 die KPÈ Wahlsieger eines Bündnisses demokratischer Parteien. Doch bereits im Februar 1948 zerstörte die KPÈ mit Hilfe kampfbereiter Gewerkschaften und Volksmilizen diese Koalition, um die Alleinherrschaft zu übernehmen. Selbst einige Kommunisten bemerkten die Auswirkungen der unkontrollierten Macht zu spät. Eine Funktionärsgruppe entschied und kontrollierte alles. Oberste Gebote waren Parteidisziplin und Kampf gegen den „Klassenfeind“. Als „Willen der Werktätigen“ getarnt, wurde ein System der Unterdrückung errichtet. Zwischen 1948 und 1954 gab es in der Tschechoslowakei etwa 150.000 politische Häftlinge.

Den Anfang eines Reformflügels in der KPÈ bildeten Kommunisten, die an den Sozialismus glaubten und Möglichkeiten suchten, Demokratie und Sozialismus zu verbinden. Einen Aufschwung erhielt der Reformflügel durch die prekären Wirtschafts- und Versorgungsprobleme Anfang der 60er Jahre. Diese hatten zu Unruhen in der Bevölkerung geführt. Die KPÈ-Führung reagierte, indem sie Vorschläge für Wirtschafts- und Demokratiereformen erarbeiten ließ. So sollten u. a. Funktionen im Staat und in der Wirtschaft nicht mehr nach politischen Kriterien besetzt werden. Eigeninitiativen in der Wirtschaft sollten durch mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung von Betrieben und Betriebsräten wieder hergestellt werden. Dieser marktwirtschaftliche Sozialismus bedeutete das Ende der totalen Kontrolle durch die Partei.

Die erarbeiteten Vorschläge stießen jedoch bei den alten Führungskadern auf allen Ebenen auf Widerstand, so dass eine Umsetzung gar nicht oder nur teilweise erfolgte. Erst durch den Machtwechsel an der Parteispitze im Januar 1968 konnten die Reformvorschläge zum Aktionsprogramm der KPÈ werden. Der neue KPÈ-Chef Alexander Dubëek baute darauf, dass der Sozialismus trotz seiner Deformation im Volk fest verankert sei. Die Reformer sahen in der Zusammenarbeit mit Partei, Regierung, Parlament und anderen

demokratischen Gremien keine Gefahr. Sie fürchteten sich auch nicht vor spontanen Aktionen im Volk, öffentlicher Kritik in den Medien und neuen demokratischen Organisationen. Die Reformbewegung wurde zu einer Volksbewegung, die begeistert angenommen wurde.

Die Parteiführungen der kommunistischen Nachbarländer UdSSR, Bulgarien, Polen, Ungarn und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sahen das anders. Für sie war die rigorose Anwendung ihres Machtmonopols gegen Kritiker ein selbstverständliches Verfassungsrecht und die Rückgabe von Macht der Partei an das Volk eine Konterrevolution. Sie entschlossen sich zum Eingreifen. Nachdem die KPÈ nicht zur Rücknahme ihrer Reformen bewegt werden konnte, beendete der Einmarsch der Armeen der sozialistischen Nachbarländer am 21. August 1968 den „Prager Frühling“. Das in die Sowjetunion verschleppte Politbüro der KPÈ musste die Rücknahme der eingeleiteten Reformen versprechen.

Nach nur wenigen Monaten hatten die Bruderparteien den Versuch beendet einen „menschlichen Sozialismus“ zu schaffen. Sie befürchteten, dass sich der Prager Reformkommunismus auf ihre Länder ausbreiten könnte. Vor allem die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR drängte frühzeitig darauf, dass die KPÈ die Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit wieder zurücknehmen müsse. Gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung wurde der Kurs von Anfang an als konterrevolutionär und friedensgefährdend dargestellt. Damit rechtfertigte sie auch ihr Vorgehen gegen DDR-Bürger, die in den umfassenden Reformen eine Hoffnung sahen und gegen deren gewaltsame Beendigung protestierten.

Wir danken unseren Gesprächspartnern für die Bereitschaft ihre Erlebnisse und Erinnerungen zu schildern und wichtige Zeitdokumente zur Verfügung zu stellen. Wir bedanken uns bei Herrn Manfred Wulff für die ausgiebigen Recherchen und für die Unterstützung durch die Mitarbeiter des Thüringer Staatsarchivs (ThStA) Rudolstadt und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Außenstelle Gera.

## „Dubèek dobøe? – Dubèek gut?“

### Erinnerungen von Armin Krüger

Am 10. August 1968 fuhr ich (25) mit meiner Freundin Roswitha (17) von Stendal nach Stará Role, bei Karlovy Vary zur Tante Oli, um hier unseren Urlaub zu verleben. Schon gleich nach unserer Ankunft diskutierten wir mit ihr die politische Lage im Lande. Sie sprach mit einer Begeisterung von dem neuen System und da war uns beiden klar, unsere Tante Oli war ein Anhänger von Alexander Dubèek. Sie war zeitlebens der Kirche zugetan, immer unpolitisch und begeisterte sich mit fast 70 Jahren ausgerechnet für einen Kommunisten. Sie las uns öfter aus Zeitungen vor, die nun wahrheitsgetreu berichteten. Stolz zeigte sie uns jeden Morgen auf den Titelseiten der Tageszeitungen den aktuellen Stand des Fonds der Republik, für den die Bevölkerung Geld und Gold spendete. Auch deutschsprachige und andere ausländische Zeitungen „verschlagen“ wir förmlich in unserer „Schmökerstunde“.

Um die neue Meinungsfreiheit auszuprobieren, befragte ich Leute in Parks oder Gaststätten. Zum Glück verstanden viele Deutsch. Wenn nicht, lautete meine Frage: „Dubèek dobøe? (Dubèek gut?)“. Die Antwort war dann meistens „dobøe“. Einige Leute waren sehr besorgt über die gespannte Situation und empört über den außenpolitischen Druck der Bruderländer auf die ÈSSR. So konnte ich ein Bild über die Stimmung in der Bevölkerung gewinnen und feststellen, dass die Reformer von einer unvergleichlichen Welle der Sympathie getragen wurden. Das erlebten wir am 12. August 1968 selbst, nachdem wir an einem Palais vorbei kamen, an dem sich etliche, vor allem junge Menschen, versammelt hatten. Im Palais verhandelten die Partei- und Staatsführungen der ÈSSR und DDR. In einer Pause ging ein Mann auf das Tor zu, reichte durch die Gitterstäbe einigen die Hand und unterhielt sich mit ihnen, ohne jeglichen Personenschutz. Es war der Präsident der Nationalversammlung Josef Smrkovský.

Die Jugendlichen, mit denen wir uns unterhielten, viele von Ihnen hatten Deutsch in der Schule, waren begeistert von den Reformen. Sie bekamen jetzt Literatur zu lesen, die vorher verboten war. Bei Tanzabenden wurde Musik gespielt, die man bei uns nicht zu hören bekam. Sie begrüßten auch die Erleichterungen im Reiseverkehr mit dem westlichen Ausland. Mir selbst fiel auf, dass das Warenangebot sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich verbessert hatte. Die tschechischen Betriebe waren bereits marktwirtschaftlich

orientiert. Im ganzen Lande herrschte eine freie ungezwungene Atmosphäre. Diesen Hauch der Freiheit genossen wir in vollen Zügen.

Die Jugendkommission der SED-Kreisleitung (KL) Gera Stadt kommt in ihrer Analyse vom 27. November 1968 zu dem Schluss, „dass es im Zusammenhang mit den Ereignissen in der ÈSSR und nach dem 21. August 1968 im Stadtgebiet keine Anzeichen von politischen Ansammlungen und Gruppierungen gegeben hat.“ Im Ergebnis gemeinsamer Diskussionen mit der Staatsanwaltschaft, der Polizei und dem Ministerium für Staatssicherheit verwies sie aber auf Schwerpunkte „mit negativ in Erscheinung tretenden Jugendlichen“. Zum einen war das der „bereits bekannte ‚Pete-Seeger-Club‘, der jetzt im Klub der Jugend und Sportler konzentriert ist und zum anderen um die Ansammlung Jugendlicher mit langen Haaren und Koffer-radios auf der Sorge.“ Zum „Pete-Seeger-Club“, in dem sich um die 40 Jugendliche trafen, wird ausgeführt: „Bisher gelang es den negativen Kräften [...5 Namen wurden genannt...], die anderen Mitglieder des Clubs in Bezug auf die Verherrlichung der westlichen Lebensweise, insbesondere des Beat, immer wieder zu beeinflussen. Einige Jugendliche, die darüber hinaus noch durch ihr negatives Aussehen (lange Haare, übertriebene Beat-Mode) in Erscheinung treten, erkennen noch nicht, dass sie sich damit außerhalb unserer sozialistischen Lebensformen befinden.“ Unter begünstigende Faktoren für diese Ansamm-lungen und Gruppierungen heißt es u. a.: „das konzentrierte Auftreten negativer Jugendlicher in einigen Tanzlokalen wird begünstigt durch die Anwesenheit von ihren Neigungen entgegenkommenden Tanzkapellen wie: Studio-Team – Leipzig im Volkshaus Zwätzen, Siletta-Combo – Gera in verschiedenen Lokalen.“ Am 31. November 1968 beschließt die KL der SED Gera-Stadt den Klub zu überprüfen und durch junge Genossen eine gezielte verstärkte ideologische Arbeit dort zu führen. „Für die weitere Perspektive über den Klub ist mit dem Rat der Stadt Klarheit zu schaffen.“

Die schönen Tage vergingen wie im Flug. Weil wir eigentlich noch ein paar Tage in Prag bleiben wollten, lud uns Tante Oli am 20. August 1968 zum Abschied zu ihrer „Schnapserl-Runde“ ein. Da ahnten wir noch nicht, was auf uns zukam.



Durch Lärm wurde ich aus dem Schlaf gerissen. Als ich aus dem Fenster schaute, sah ich eine lange Kolonne Armeefahrzeuge auf der Fernverkehrsstraße. Sie hatten einen dicken weißen senkrechten Strich auf dem Fahrerhaus. Die Lastkraftwagen (LKW) waren abgedunkelt, hatten nur einen kleinen Sehschlitz an den Lampen. Jetzt machen die Tschechen auch noch Manöver, dachte ich und legte mich wieder hin. Etwas später wurde ich durch noch größeren Lärm wieder munter. Nun fuhren Kettenfahrzeuge mit schweren Geschützen vorbei. Sie hatten wieder den weißen Strich. Warum nur, fragte ich mich.

Morgens, kurz nach sechs Uhr, stürzte Tante Oli ins Zimmer und rief mit lauter Stimme: „Jesus Maria, die Russen sind da!“. Sie hatte wie jeden Tag die Frühnachrichten gehört und teilte uns nun mit, dass die ÈSSR in der Nacht von Truppen des Warschauer Paktes besetzt worden war. „Das ist das Ende!“, sagte sie immer wieder. Sie verfolgte aufgeregt die Sondersendungen im Radio und teilte uns Neuigkeiten sofort mit. Uns wurde klar, dass der Traum von einem freiheitlichen und humanen Sozialismus ausgeträumt war. Somit war auch unsere Hoffnung begraben, dass sich in unserem Lande etwas ändern könnte. Wir diskutierten noch eine ganze Weile, bis ich vorschlug, mal zu gucken, wie es in der Stadt aussieht. Die Tante versuchte uns davon abzuhalten. Als ich meinen Fotoapparat mitnehmen wollte, riss sie ihn mir aus der Hand und schrie: „Ihr wollt euch wohl erschießen lassen!“ So erregt hatte ich sie noch nie erlebt.

Mit einem mulmigen Gefühl zogen wir beide los. Busse fuhren nicht. Es blieb uns also nichts anderes übrig, als zu Fuß in die Stadt zu laufen. Am Ende der Straße, in der wir in Stará Role wohnten, hatten Arbeiter einer Fabrik ein Transparent über die Straße gespannt: „Deutsche Soldaten, fährt wieder nach Hause – das ist unsere Sache!“. Wir fragten die Arbeiter, die auf Kisten an der Straße saßen, warum die Inschrift in Deutsch sei. Einer antwortete, dass sie Informationen hätten, dass deutsche Truppen durchkommen sollen.

Auch in Rybáæ, einem anderen Vorort von Karlovy Vary, sahen wir Losungen an Häuserwänden, Schaufensterscheiben und Bäumen. In der Stadt selbst waren noch mehr Parolen angebracht. Aus den Fenstern hingen die Fahnen des Landes, meist mit einem Trauerflor versehen. Viele Geschäfte hatten geschlossen, auch alle Banken der Stadt. Die Läden zur Versorgung der Bevölkerung waren geöffnet, aber innerhalb von ein paar Stunden waren sie fast leer gefegt. Die Einwohner trafen ihre Vorkehrungen für den Notfall. Aus einem Kurzwarenladen wurden Bänder mit den tschechischen National-

farben herausgereicht. Wir steckten uns diese Bänder an und bekundeten so unsere Sympathie mit dem tschechischen Volk.



Vor der Hauptpost waren viele, überwiegend junge Menschen versammelt. Einige von ihnen trugen Schilder und Transparente sowie Fahnen, meist mit Trauerflor. Ein einzelner LKW der Besatzungstruppen kam von oben die Straße herunter, sah die Menschenmenge, wendete ganz plötzlich und fuhr in hohem Tempo davon. Die Versammelten jubelten, als wenn sie einen Sieg über die verhassten Besatzungstruppen errungen hätten. Es sollten die einzigen Okkupanten sein, die wir am Tage sahen. Die Interventionstruppen hatten Karlovy Vary am Morgen wieder verlassen und sich in der Nähe stationiert.



Aus der großen Menschenmenge bildete sich dann ein Demonstrationzug. In ihm entdeckten wir einen deutsch sprechenden Jugendlichen, den wir im Urlaub kennen gelernt hatten. Pavel strahlte über das ganze Gesicht, als er die Bänder bei uns sah. Spontan reihten wir uns in diesen Zug mit ein, der seinen Weg auf dem rechten Ufer des Flüsschens Teplá in Richtung der Kolonnaden nahm. Der Enthusiasmus der Jugendlichen riss uns einfach mit. Jetzt marschieren wir zum Haus der KPÈ, sagte uns Pavel. Hoffentlich knallt es nicht, sagte ich zu Roswitha und dachte an den 17. Juni 1953. Immer mehr Menschen schlossen sich den Demonstrierenden an. Die Sprechchöre lauteten: „Dubèek - Svoboda“, „At òije Dubèek“ („Es lebe Dubèek“) oder auch nur „Svoboda“, dass heißt „Freiheit“ und war auch der Name des Präsidenten.



Vor dem Parteigebäude bekräftigte ein hoher Funktionär die Verbundenheit der Genossen in Karlovy Vary mit der Regierung und forderte den Abzug aller Okkupationstruppen. Dafür erhielt er viel Beifall von der versammelten Menge. Danach hörten wir über Lautsprecher die angekündigte Rundfunkrede des Präsidenten. Übertragen wurde sie vom Rundfunksender Plzeň, den die Russen noch nicht besetzt hatten. Svoboda verurteilte den Einmarsch in die ÈSSR, rief aber die Bevölkerung zur Besonnenheit auf. Jegliche Provokation gegenüber den Russen sollte vermieden werden, damit es nicht zu unnötigem Blutvergießen kommt. Nach Abschluss der Rede wurde die Nationalhymne gesungen und die Landesfahne geschwungen. Das nächste Ziel war das Haus des Sozialistischen Jugendverbandes der ÈSSR (SSM). Vom Balkon sprach ein Funktionär zu den vielen, überwiegend jugendlichen Zuhörern. Wie uns Pavel übersetzte, forderte auch er von den Besatzern den unverzüglichen Abzug und die Wiedergutmachung des angerichteten Schadens. Nach der Rede gab es lauten Beifall und der Protestzug setzte sich mit den Sprechchören wieder in Bewegung. Nach Auflösung der Demonstration hatten wir mit Pavel verabredet, am Nachmittag an einem Protestmarsch teilzunehmen, der zu der in der Nähe Karlovy Varys stationierten russischen Panzerkolonne führen sollte. Leider haben wir ihn dann verfehlt.



Wir befanden uns vor dem „Grandhotel Moskva“. Aus Wut hatte man aus der Leuchtreklame auf dem Dach bereits das Wort „Moskva“ entfernt. Auch auf den Tafeln am Eingang war das Wort „Moskva“ übermalt mit „Pupp“, dem früheren Namen des Hotels. Aus einem vorbeifahrenden Auto wurde durch einen Lautsprecher in Deutsch durchgesagt, dass sich alle Bürger der BRD, die ohne eigenen Personenkraftwagen (PKW) angereist waren, vor dem Grandhotel einfinden sollen. Es wurden Busse bereitgestellt, um diese Touristen kostenlos wieder in ihre Heimat zu bringen. Und wie kommen wir nun nach Hause, fragte Roswitha. Die Frage stellten wir dann im tschechischen Reisebüro einer Angestellten aus der DDR. Sie antwortete, dass sie keine Informationen „von oben“ erhalten hätte, wie DDR-Bürger nach Hause kommen. Ewas leiser fügte sie dann noch hinzu: „Wenn meine tschechischen Kolleginnen mich nicht informieren würden, wüsste ich überhaupt nicht, was los ist.“ Einige Zugverbindungen haben wir uns noch notiert und dann ziemlich enttäuscht das Büro verlassen.



Entlang der Straßen im Zentrum war kaum ein Durchkommen. Als wir plötzlich auf einem freien Fleck standen, zerrten uns beherzte Jugendliche zur Seite. Dann krachte es auch schon neben uns. Neben uns auf dem Bürgersteig lag ein über zwei Meter hoher, rot angemalter Sowjetstern aus Blech. Diese sozialistischen Symbole, die einige staatliche Gebäude „verzierten“, wurden nun unter lautem Beifall der Umstehenden entfernt.

In einer Nebenstraße stand ein LKW und lud bündelweise Flugblätter ab. Ich ließ mir auch einen Stapel geben und verteilte diese auf dem Weg durch die Innenstadt an die Vorübergehenden. Wenn ich die Flugblätter mit den Worten „Bitte sehr“ oder „Leute greift zu“ an die Passanten brachte, amüsierte ich mich so manches Mal über verdutzte Gesichter. Da inzwischen wieder Busse fuhren, holte Roswitha den Fotoapparat.

Ein solches Flugblatt wurde 1968 in der ÈSSR verteilt:

**VŠEM, VŠEM, VŠEM!**

**Se SVOBODOU a DUBČEKEM  
za svobodu!**

V delegaci, která bude jednat s představiteli SSSR jsou lidé, kterým naše národy věří, kteří mají právo za nás jednat. Podporujeme jednání - jednání, které vyjádří vůli nás všech, naše naděje, naše jednotné odhodlání. Naši zástupci jsou vázání řádnými volenými ústavními i stranickými orgány, které v posledních hodinách vyjádřili jednomyslnou vůli občanů. Kromě nich jsou členy delegace i lidé, kteří ztratili důvěru všeho lidu - kolaboranti.

**NEBOJME SE ÚČASTI PÁNŮ INDRY, BILAKA A PILLERA!  
PODPORME VŠEMI PROSTŘEDKY PREZIDENTA REPUBLIKY!  
ŽÁDEJME DŮRAZNÉ OSVOBOZENÍ SOUDRUHA DUBČEKA  
A OSTATNÍCH ZADRŽENÝCH POLITIKŮ!  
ŽÁDEJME ZAŘADIT s. DUBČEKA DO DELEGACE!**

Občané, pište rezoluce, posílejte je prezidentu republiky!  
Jsme silní silou naší pravdy. Jsme svěprávní, jsme svobodní.  
Jednání může být pouze výrazem vůle národů této země:

**An alle, an alle, an alle!**

Mit Svoboda und Dubček für die Freiheit!

In der Delegation, die mit den Repräsentanten der UdSSR verhandeln wird, sind Menschen, denen unser Volk traut, die das Recht haben, für uns zu verhandeln. Wir unterstützen die Verhandlungen – Verhandlungen die unser aller Willen, unsere Hoffnung, unsere einheitliche Entschlossenheit zum

Ausdruck bringen. Unsere Vertreter sind an Verfassungs- und Parteiorgane gebunden, die in den letzten Stunden den einmütigen Willen der Bürger zum Ausdruck gebracht haben. Neben ihnen sind aber auch Leute Mitglieder der Delegation, die das Vertrauen des ganzen Volkes verloren haben – Kollaborateure.

FÜRCHTEN WIR NICHT DIE BETEILIGUNG DER HERREN INDRY; BILAK UND PILLER! UNTERSTÜTZEN WIR MIT ALLEN MITTELN DEN PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK! FORDERN WIR AUSDRÜCKLICH DIE FREILASSUNG DES GENOSSEN DUBCEK UND DER ÜBRIGEN FESTGEHALTENEN POLITIKER!  
FORDERN WIR; GENOSSEN DUBÈEK IN DIE DELEGATION AUFZUNEHMEN!

Bürger! Schreiben Sie Resolutionen, senden Sie sie an den Präsidenten der Republik! Wir sind stark durch die Kraft unserer Wahrheit. Wir sind mündig, wir sind frei. Die Verhandlungen dürfen nur Ausdruck des Willens der Völker dieses Landes sein.





Wir trafen uns dann am Restaurant „Budvar“. Am Eingang wurden Unterschriften für den Abzug der Besatzungstruppen gesammelt. Auch wir unterschrieben. Die Frau am Schreibtisch war nicht erstaunt. Sie zeigte uns eine Seite, auf der viele deutsche Unterschriften waren. Von nun ab konnte ich die Proteste der tschechoslowakischen Bevölkerung in der Stadt mit dem Fotoapparat festhalten. Überall sahen wir Losungen gegen den Einmarsch. Die Wut gegen diesen hatte sich schon am Morgen auch im Kurpark von Láznì V (Bad V) entladen. Der steinerne Sowjetsoldat vom Denkmal für die Befreiung vom Faschismus war vom Sockel gestürzt und sein Kopf in die Teplá geworfen worden. Vor dem Sockel hielt ein Funktionär des SSM

(Sozialistischer Jugendverband der ÈSSR) später eine Rede, nach der er die Landesfahne schwenkte.

Am nächsten Morgen informierte uns unsere Tante, dass für den Freitag ein Generalstreik für das ganze Land geplant sei. Das bedeutete, wir würden nicht mehr aus der Tschechoslowakei heraus kommen. Ohne lange zu überlegen, beschlossen wir sofort abzureisen. Es gab nur noch ein Problem: Wohin mit dem Film? Die Aufnahmen durften nicht verloren gehen. Das sah meine Tante ein. Sie nahm den Film mit in eine Oblatenbäckerei, um ihn dort in einer versiegelten Packung aus ausgehöhlten Oblaten sicher zu verstecken.

Mit dem Triebwagen fuhren wir nach Františkovy Láznì. Hier endete der Zug, der nur noch mit Reisenden aus der DDR übervoll belegt war. Nach einer Diskussion mit dem tschechischen Bahnhofsvorsteher gab der aber grünes Licht für die Weiterfahrt bis zur Grenzstation Vojtanov. Die Tschechen halfen uns, wieder nach Hause zu kommen, obwohl wir Touristen eines Landes waren, das sich offiziell am nächtlichen Überfall beteiligt hatte. Auf dem Grenzbahnhof stiegen wir aus und gingen zum tschechischen Grenzkontrollpunkt. Die tschechischen Zöllner kontrollierten nicht einmal die Ausweise.

Ein tschechischer Bus brachte Kinder aus einem Ferienlager bis zur Grenze. Die Steppkes waren im Alter von 8 bis 10 Jahren und mussten ihr Gepäck

nun selber tragen. Vor uns ging ein altes Ehepaar, das ebenfalls Mühe mit ihren Koffern hatte. Beim Weitergehen trafen wir auf einige Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR, die um einen LKW im Halbkreis saßen. Ein Grenzzoffizier stand neben einem PKW und beobachtete mit einem Fernglas die Grenze. Angesprochen, ob er nicht veranlassen könne, die alten Leute und die Kinder mit dem LKW zu transportieren, brüllte er mich an: „Ich habe hier andere Aufgaben“. Der Oberleutnant setzte sich in den Wartburg und fuhr in Richtung DDR-Grenze, ohne jemanden von den Erschöpften mitzunehmen.

Als wir das Grenzgebäude in Schönberg erreichten, bat uns ein Zöllner, mit ihm zu kommen. Wir wurden in getrennte Räume gebracht und einer Leibesvisite unterzogen. Die „Filzer“ nahmen sich viel Zeit. Die Oblatenschachtel wurde von ihnen hin und her geschüttelt, gab aber kein verdächtiges Geräusch von sich. Die Bäcker hatten gute Arbeit geleistet und meine Tante mich vor großem Ärger bewahrt. Als ich fertig war, wartete ich draußen auf meine Freundin. Bei ihr dauerte es noch etwas länger. Die Zöllnerinnen hatten sogar ihren Lippenstift auseinander genommen.

Der Bummelzug ließ sich viel Zeit und obwohl er mit Verspätung kam, waren wir froh endlich wieder in einem Zug zu sitzen. Unterwegs gab es öfter einen längeren Halt, da der Zug die uns entgegen kommenden Militärtransporte durchlassen musste. Die hatten natürlich Vorfahrt. Wir warteten, warteten und warteten. Ich dachte so bei mir: Wo wollen denn die vielen Truppen in dem kleinen Land bloß alle hin?

In Oelsnitz, einem von mehreren Umsteigebahnhöfen, trat ein Transportpolizist an uns heran und fragte: „Ihr kommt doch von drüben, wie sieht's denn da aus? Das interessiert mich privat und hat nichts mit meiner Uniform zu tun“. Ich erwiderte: „Der große Bruder verhaut gerade den kleinen Bruder“. Er wollte gern noch nähere Auskünfte, aber an diesem Tage hatte ich wirklich genug von den Uniformierten.

Von der Abfahrt in Karlovy Vary bis zur Ankunft in Stendal benötigten wir ganze 22 Stunden! Hauptsache, die Militärzüge waren pünktlich. Wie gut hatten es dagegen doch die BRD-Bürger, die aus dem Krisenland sofort in die Heimat gebracht wurden. Zu Hause las ich dann in unserer zensierten „Volksstimme“, dem SED-Presseorgan des Bezirkes Magdeburg, was sich im Nachbarland zugetragen haben soll. Da muss ich doch im falschen Land gewesen sein!



Die Fotoarbeiten erledigte ein guter Bekannter von mir. Bis zur Wende waren die Fotos immer unter Verschluss aufbewahrt und fanden erst danach in einem Album ihren Platz. Die hier vorgestellten Aufnahmen sind bisher noch nie veröffentlicht worden. Drei Jahre nach diesen Erlebnissen, die mein späteres Leben wesentlich geprägt haben, bin ich nach Gera gezogen.

Auch nach Jahren stelle ich mir immer wieder folgende Frage: Warum hat die DDR-Regierung den Einmarsch in die ÈSSR maßgeblich unterstützt, obwohl ihr bekannt war, dass viele Tausende eigener Landsleute als Touristen und Reisende in diesem Land waren?

Wie ein Schriftstück vom 2. Januar 1969 von den Verkehrsbetrieben der Stadt Gera beweist, betrugen die Schäden durch die Maßnahmen in der ÈSSR in der Leninstraße allein über neuntausend Mark. Wie hoch mögen diese in der gesamten DDR gewesen sein? Und erst die Schäden in der überfallenen ÈSSR?

**VEB (K)**  
**VERKEHRSBETRIEBE DER STADT GERA**

An den  
Rat der Stadt Gera  
Abt. Finanzen  
**SS G E R A**

Deutsche Versicherungs-Anstalt  
Einkaufsstellen Gera  
Erl. 6. JAN. 1969  
Vermittler

Die Zeichen: \_\_\_\_\_ Unter Zeichen: \_\_\_\_\_ 65 Gera, 2.1.1969  
Johann-Fisch-Strasse 10  
Ra/Ra

**BETRIFF:** Fahrgeschäden während der Maßnahmen in der CSSR

Durch die Truppenherausragungen sind in der Leninstraße zwei Schienen und 148 Straßenplanen unbearbeitbar geworden. Der Wert der Schäden errechnet sich wie folgt:

|                      |            |   |          |
|----------------------|------------|---|----------|
| 2 Schienen SW 60     | à M 777,37 | M | 1.554,74 |
| 65 Straßenplanen S 1 | à M 41,35  | M | 2.700,75 |
| 28 " " S 2           | à M 51,55  | M | 1.443,40 |
| 21 " " S 3           | à M 56,38  | M | 1.183,98 |

An Hilfsmaterialien beim Anproben der Schienen und Planen werden benötigt:

|             |   |         |
|-------------|---|---------|
| Fugoverputz | M | 1.051,- |
| Sand        | M | 75,55   |
| Zement      | M | 40,50   |

Der Arbeitslohn für das Entfernen der beschädigten Bauteile und die Behebung des Schadens erforderlich:

|                    |          |   |                 |
|--------------------|----------|---|-----------------|
| 144 Arbeitsstunden | à M 6,64 | M | 956,16          |
|                    |          | M | <u>9.099,58</u> |

Aufträge auf Schadenersatz gegenüber der Versicherung wurden bisher nicht gestellt, da nicht geklärt werden konnte, wer für den Schaden aufkommt.

VEB (K) Verkehrsbetriebe der Stadt Gera  
Hoch  
Hauptbuchhalter

1 Durchschrift an  
Deutsche Versicherungs-Anstalt

Quellen: ThStA Rudolstadt, KL der SED Gera-Stadt, Nr. IV/B-4/03/017  
Fotos und Dokumente Archiv Armin Krüger  
Erinnerungen Armin Krüger vom 17. Juni 2008 / Gedenkstätte Amthordurchgang e.V.

## „Es lebe Dubèek!“

### Rudolf Lucius

*Nach dem Einmarsch von Panzern in die ÈSSR am 21. August 1968 dachte der damals 23-jährige Kraftfahrzeug(Kfz)-Schlosser Rudolf Lucius, du musst irgendetwas machen:*

„Den Prager Frühling hat man ja damals als Jugendlicher schon ein bisschen verfolgt. In welche Richtung läuft das raus? Was heißt das überhaupt in der sozialistischen Staatengemeinschaft, dass dort der Parteisekretär, sprich Dubèek, diesen Besatzungszustand, so muss ich das mal sagen, beenden will. Nun hat man irgendwie gedacht, na wenn die raus sind, da geht es auch bei uns weiter und vielleicht kommt doch einmal die Einigung Deutschlands wieder zustande. Das sind schon solche Gedankengänge gewesen, aber die haben mich nicht primär veranlasst, irgendwas zu unternehmen. Der eigentliche Grund war folgender: Wir sind einmal zum Tanz gegangen nach Seelingstädt, acht Kilometer weg, wo jeden Sonnabend was los war. Da war die ganze Fernverkehrsstraße 175 zugestellt mit Transportfahrzeugen der Armee, NVA, auch von den Russen mit Panzern hinten drauf. Man musste drei Kilometer an fahrenden Fahrzeugen vorbei laufen, da hast du Kopfschmerzen gekriegt. Da hast du gesagt: Mensch, wo wollen die denn nur alle hin. Auf Grund von Rundfunk, Presse und auch Westfernsehen hat man dann erfahren, dass die eben vorhatten, einen Einmarsch zu machen, um diese ‚Konterrevolution‘, wie es dann gesagt wurde, zu stoppen. Was dann auch am 20. oder 21. August erfolgte. Wir sind an einem Freitag, es kann der 22. gewesen sein, abends ins Kino nach Teichwolframsdorf gefahren, vier, fünf Mann mit Motorrädern. Wir mussten zweimal an Straßensperren anhalten, wo Polizei und Armee – ich kann nicht mehr sagen, ob sogar die Kampfgruppe dabei war – mit vorgehaltener Maschinenpistole standen: Helme runter, Ausweise raus, wo wollt ihr hin? Und dasselbe war auf der Rücktour auch wieder. Da habe ich schon gesagt: Mensch, die müssen doch spinnen. Was soll denn das?“

In der Nacht zum 24. August 1968 schrieb Rudolf Lucius ganz groß „ES LEBE DUBÈEK!“ mit weißer Ölfarbe auf die Straße zwischen Berga und

Untergeißendorf. Als Staatsfeind fühlte er sich dabei nicht, er wünschte sich für sein Land demokratische Verhältnisse und hoffte, dass auch in der DDR Reformen von oben beginnen könnten. Diese Illusion wurde am 21. August 1968 zerstört. Es empörte ihn, dass das Ende des Prager Frühlings in DDR-Medien und Stellungnahmen als Niederlage der Konterrevolutionäre bejubelt wurde, die selbst in der ÈSSR begrüßt worden wäre. Spontan entschloss er sich zu protestieren und seine Sympathie mit dem tschechischen Volk zu bekunden. Er wollte lediglich aufzeigen, „dass es auch bei uns Menschen gibt, die nicht, wie in den Zeitungen geschrieben wird, mit allem einverstanden sind“, sagte er in den ersten Vernehmungen. Er wollte nicht gegen die DDR aufwiegeln, sondern nur, „dass sich auch andere Personen Gedanken machen über das Problem der ÈSSR und sich fragen, ob es vielleicht doch nicht richtig gewesen ist, in dieser Art und Weise in der ÈSSR einzugreifen.“



Die DDR-Organen sahen seinen Protest jedoch völlig anders. Der Abschnittsbevollmächtigte der Polizei (ABV), der die Losung während einer mitternächtlichen Motorradstreife zuerst gelesen hatte, informierte sofort das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Noch in der Nacht wurde eine Ermittlergruppe aus zwei Kripo-Leuten und einem MfS-Ermittler einberufen. Zum schnellen Fahndungserfolg verhalf aber auch, dass er in dieser Nacht vom ABV in der Nähe des „Tatortes“ gesehen wurde, da sein Motorrad nicht ansprang. Bereits am nächsten Tag erschienen zwei Herren in der KfZ-Werkstatt. Bei der Befragung verwickelte sich der für seine Ehrlichkeit

und Offenheit bekannte junge Mann in Widersprüche und konnte sich auch mit seiner Geschichte: „mit seinem Auto habe er abends einen Hasen umgefahren, den er nachts abholen wollte“ seiner Verhaftung nicht entziehen.

Nach wenigen Stunden hatte das MfS den Täter der „Schmiererei“ (so der durchgängige MfS-Jargon) und das Geständnis. Auch die üblichen Indizien für „feindliche Einstellungen“ der gesamten Familie Lucius im ersten Ermittlungsbericht, versprachen eine problemlose Verurteilung. Beide Eltern (die neben ihrer Arbeit in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft die Gastwirtschaft betrieben) wurden als gesellschaftlich inaktiv beurteilt. Dem Vater wurden Zurückhaltung und Vorsicht bei politischen Gesprächen vorgehalten, der Mutter eine negative Haltung bei Diskussionen und Westorientierung. Ihre Schwester hatte illegal die DDR verlassen. Die gesamte Familie schaute Westfernsehen. Zu Rudolf Lucius heißt es außerdem im Bericht: In seinem Wohngebiet wird eingeschätzt, dass er sich an keiner politischen und gesellschaftlichen Arbeit beteiligt. Politische Fragen diskutiere er zwar mit dem Meister, aber negativ, also abweichend von den offiziellen politischen Standpunkten. Positiv eingeschätzt wurden nur sein Allgemeinwissen und seine beruflichen Fähigkeiten.

Nachdem zwei Tage später die Einschätzungen von seiner Gemeinde und von seinem Betrieb vorlagen, musste das MfS das Feindbild korrigieren. Beide charakterisierten ihn als aufgeschlossenen, fortschrittlichen und gesellschaftlich vielfach engagierten jungen Mann, der das Vertrauen seiner Mitmenschen hat.

Gemeinde und Betrieb hielten auch in der „Aussprache zur Strafsache“ zu ihm, nachdem MfS und Staatsanwaltschaft die Lösung als „offenes Bekenntnis zur Konterrevolution“ dargestellt hatten. Die Redner der Gemeinde verurteilten zwar die Tat, stimmten aber überein, dass sie nicht zum „Täter“ passe. Der habe in Diskussionen immer zur DDR gestanden und sich aktiv für die Gemeinde eingesetzt. Sein Betrieb würdigte ebenfalls offenes Auftreten, Arbeitsmoral und fachliches Können.

Statt üblicher Schützenhilfe bekam der Bezirksstaatsanwalt in den Verhandlungen des 1. Strafsenates des Bezirksgerichtes am 4. und 10. Oktober 1968 einen „Gegner“ mehr. Die Gemeinde hatte als gesellschaftlicher Kläger eine Strafe auf Bewährung beantragt und wollte eine Patenschaft übernehmen, um Rudolf Lucius zu „einem bewussten Menschen unserer Gesellschaft zu erziehen“. „Es ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, ihre Errungenschaften, welche sie unter der Leitung der Partei geschaffen hat, nicht anzuerkennen“,

räumt der Vertreter der Gemeinde ein. Er stimmte auch zu, dass die Ursache der verwerflichen Tat das Gift sei, „was durch Funk und Fernsehen aus dem Kapitalismus, besonders von Westdeutschland verspritzt wird.“ Er hält Rudolf Lucius aber für ein „Opfer“, das ohne Haftstrafe erziehbar sei.

Der Bezirksstaatsanwalt vertrat einen anderen Standpunkt. Der Generalstaatsanwalt hatte angewiesen, Protest gegen die „Hilfsmaßnahmen“ in der ÈSSR intensiv zu ermitteln und anzuklagen. In diesem Sinne hatte der Bezirksstaatsanwalt keine Skrupel, trotz der positiven Beurteilungen von Rudolf Lucius durch Betrieb und Gemeinde eine Strafe von zwei Jahren und drei Monaten zu beantragen.

Um die Argumentation der Gemeinde zu schwächen, begründete er eine seit Jahren anhaltende „Feindbeeinflussung“. Dafür nutzte er, dass der Angeklagte in Vernehmungen recht unbekümmert und kritisch über verschiedene Dinge sprach, mit denen er bei grundsätzlicher Bejahung des Sozialismus, nicht einverstanden war: Fehlende Reisefreiheit ins kapitalistische Ausland, übertriebene Grenzsicherung, überhöhte Preise für Fahrzeuge und gute Kleidung. Er räumte bei den Vernehmungen aber auch ein, dass ihm vielleicht bisher nur keiner seine offenen Fragen beantworten konnte: „Obwohl in mehreren Versammlungen, an denen ich teilnahm, über die Ursache und die Gründe, weshalb es Bürgern der DDR nicht möglich ist in das kapitalistische Ausland zu reisen, gesprochen wurde, habe ich dem keinen Glauben geschenkt. Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, dass Bürger der DDR, besonders bei Reisen nach Westdeutschland, dort diskriminiert werden. ... Außerdem vertrat ich immer die Meinung, dass die Sicherung zum Schutz der Staatsgrenze zwar notwendig war, aber bestimmte Dinge gelockert werden müssten. So bin ich der Meinung, dass speziell in Berlin der Reiseverkehr zwischen beiden Teilen ... erleichtert werden müsste.“

Bereitschaft, überzeugende Argumente anzunehmen, hatte der junge Schlosser gezeigt. Aber schon Zweifel in diesen Grundfragen wurden als politisch-ideologische Unklarheiten oder feindliche ideologische Diversion gedeutet. Das war eine Frage des Standpunktes, der willkürlich wechselte. In einer Beurteilung vom 9. September 1968 verwies ein MfS-Hauptmann wohlwollend auf einen „begonnenen Erziehungsprozess“ des ideologisch noch nicht gefestigten, aber gesellschaftlich sehr engagierten jungen Mannes. Im Schlussbericht des MfS wechselte der Akzent. „Er vertritt die gegnerische Auffassung, dass die Sicherung an der Staatsgrenze West nicht in dem Maße notwendig sei, die Reisebeschränkungen in das kapitalistische Ausland aufgehoben werden müssten“.

Diese Umwandlung von Unklarheiten und Zweifeln zu bewussten feindlichen Auffassungen vollzog auch der Bezirksstaatsanwalt. Schließlich verurteilte die DDR-Führung die Entwicklung in der ÈSSR, weil sie sich vor der hier eingeführten Presse-, Meinungs- und Reisefreiheit ihrer Bürger fürchtete. Die Bedenken von Rudolf Lucius gegen offizielle Begründungen der DDR-Führung zu diesen Grundfragen wurden deshalb zu „Beweisen“ gemacht, dass er seit Jahren den „Verleumdungen, Beschimpfungen und Falschinformationen der Feindsender“ glaubte. Weil der Angeklagte sich aber im Westen informierte, kam er in Widerspruch „zu den wahrheitsgemäß gegebenen Informationen“, argumentierte er. „Damit war das erreicht, was durch die feindliche Hetze und Falschinformationen beabsichtigt ist, das Vertrauensverhältnis der Bürger der DDR zu ihrem Staat, zur Partei und Regierung zu untergraben, damit Bürger veranlasst werden, sich für die Politik der imperialistischen Bundesrepublik ... durch Handlungen einzusetzen.“

Ausgeklammert wurde vom Bezirksstaatsanwalt sowie dem Strafsenat die Frage, ob die Sorge vieler um Dubëk in den Tagen nach dem Einmarsch berechtigt war. Aus dem Fall ausklammern musste der Strafsenat auch die unerwartete Entwicklung nach dem 21. August 1968. Das Ermittlungsverfahren gegen Rudolf Lucius hatte das MfS am 24. August 1968 noch damit begründet, dass die Losung „Es lebe Dubëk!“ die „prinzipienlose Politik von Alexander Dubëk“ verherrliche. Das war übereifrig. Öffentliche Kritiken an amtierenden Partei- und Staatsführern der Bruderstaaten waren tabu und öffentlich propagiert wurde wieder die traditionelle Harmonie, Freundschaft und Zusammenarbeit. Das galt dann auch für Dubëk, der am 27. August 1968 als gezügelter Parteichef aus Moskau zurückgekehrt war. Den Strafantrag des Staatsanwaltes minderte das Bezirksgericht allerdings um drei Monate auf zwei Jahre ab. Begründet wurde das mit der positiven Persönlichkeit des Angeklagten und seinem begonnenen Umdenken.

„... Bei der Gerichtsverhandlung dachte ich, Mensch, heute sagen die dann, die Untersuchungshaft wird angerechnet und du gehst stehenden Fußes zur Tür raus. ... es gab zwei Jahre. Da ist natürlich eine Welt zusammengebrochen. Da habe ich gesagt: Ach du Scheiße, das kann doch nicht sein. Was bilden die sich denn ein. Was hast denn du überhaupt gemacht? Wenn ich jetzt jemanden umgebracht hätte oder sonst irgendwelche Delikte begangen hätte, aber nur, weil ich da was auf die Straße geschrieben habe, das kann nicht sein. ...als ich wieder allein in der Zelle war, da dachte ich, das gibt's nicht, da bin ich auf und ab gelaufen, wie so ein gehetztes Tier. Das habe ich schlecht verarbeitet. ...“

Gemeinsam mit seinem Verteidiger geht Rudolf Lucius am 14. Oktober 1968 in Berufung. Der Verteidiger hielt entgegen, dass die Persönlichkeit des Angeklagten und der Antrag der Gemeinde, die weiter für ihn bürgen wollte, ungenügend beachtet worden seien. Die Verhandlungen hätten deutlich gemacht, dass der Angeklagte niemals unter der Vorstellung tätig wurde, „Helfershelfer des westlichen Imperialismus zu werden und etwa mit aufzuwiegen, dass die ÈSSR aus dem sozialistischen Lager heraus gebrochen wird.“ Sie hätten auch gezeigt, dass er seine Losung schrieb, weil er noch keine Klarheit über die Zusammenhänge gehabt hätte. Diese hätte er zur Hauptverhandlung aber schon verstanden. In seinem Antrag stellte der Anwalt auch die Frage, ob eine Sympathiekundgebung für Dubèek überhaupt noch Hetze sei, nachdem Dubèek die Maßnahmen vom 21. August 1968 anerkannt hatte.

In der Sitzung des Obersten Gerichtes am 1. November 1968 wird die harte Linie verteidigt: Die Straftat sei keine bloße Sympathiebekundung und habe nichts damit zu tun, ob man Zusammenhänge erkenne oder nicht. Es gehe nur darum, ob Hetze, als ideologische Waffe der Konterrevolution, aufgenommen und verwirklicht werde. Spätere Einsichten hätten nichts mit der Straftat zu tun. Der Senat des Bezirksgerichts habe die Persönlichkeit des Angeklagten bereits berücksichtigt, indem er vom Antrag des Bezirksstaatsanwaltes abgewichen sei. Eine Strafmilderung wäre nur möglich gewesen, wenn der Angeklagte seine Tat dem ABV gleich auf der Straße gestanden hätte. Selbst wenn jetzt zwei Monate vergangen sind, könne man die Gesellschaftsgefährlichkeit nicht außer Acht lassen. Die Strafhöhe sei durchaus richtig.

Das Oberste Gericht bestätigte diese Positionen und würdigte, dass das Bezirksgericht ausführlich dargelegt habe, dass den „jetzt raffinierter vorgebrachten Anschlägen des Imperialismus auf die Grundlagen der sozialistischen Entwicklung nachdrücklich begegnet werden muß. Der Angeklagte hat sich zu einem Zeitpunkt besonders konzentrierter, subversiver ideologischer Diversion seitens des Klassenfeindes zu seinem Handlanger gemacht und muß daher entsprechend bestraft werden.“

Auch das Oberste Gericht lehnte den Antrag der Gemeinde auf eine Bewährungsstrafe ab. Das Urteil des Bezirksgerichtes wurde um zwei Monate gemindert.



„... Während der Strafhaft im Gefängnis Amthordurchgang arbeitete ich in der Hauswerkstatt. Ich habe ab und zu von den Offizieren und teilweise auch von der Wachmannschaft die Autos repariert, die Privatfahrzeuge. Da kam irgendein Offizier und sagte: Am Montag fahr ich an die Ostsee, gucke das Auto noch einmal durch und lass dir ja nicht einfallen, irgendetwas einzubauen. Ein bisschen Schiss hatten sie schon. Da hieß es mal, einen Keilriemen wechseln, Ölwechsel machen, die Bremsen nachgucken, also nur nachgucken, nichts machen. Dafür hatten sie eine Werkstatt gehabt. Mir kam es irgendwie zugute. Da hatte ich was zu tun. ...“

Nach der Hälfte der Strafzeit wird Rudolf Lucius entlassen. Seinen Antrag für die Strafaussetzung mit einer Bewährungszeit von zwei Jahren hatte Bezirksstaatsanwalt Schulz mit der positiven Entwicklung, guten Arbeitsleistungen, Disziplin und dem Auftreten von Rudolf Lucius in der Haftanstalt begründet. „Er habe damit die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Der Zweck der Strafe sei so erreicht.“

## Anklageschrift

|                                                                                                                                                                                                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>Staatsanwalt des Bezirkes<br/>Gera.</b></p> <p>Aktenzeichen: <u>BIA 2o/68</u><br/>(ist bei allen Eingaben anzugeben)</p> <p>Bezirksgericht Gera<br/>1. Strafsenat</p> <p><u>G e r a</u></p> | <p style="text-align: right;">4</p> <p>Gera, den 18.9. 196 8</p> <p>Zepplinstraße 2<br/>Postfach - Fernruf 3321, 3322</p> <p>Be/Ir.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; width: fit-content; margin-top: 20px;"> <p style="text-align: center;">BStU<br/>000004</p> </div> |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

A n k l a g e

Den Kfz-Schlosser

[REDACTED]

geboren am [REDACTED] 1945 in [REDACTED]  
 wohnhaft: Großkundorf [REDACTED], Kreis Greiz  
 Familienstand: ledig  
 Staatsbürger der DDR  
 nicht vorbestraft  
 in dieser Sache seit dem 24.8. 1968  
 in Untersuchungshaft in der BHA Gera

klage ich an:

durch staatsfeindliche Hetze  
 die staatlichen und politischen Verhältnisse  
 der Deutschen Demokratischen Republik  
 und eines anderen sozialistischen Staates  
 diskriminiert zu haben.

---

Am 23.8.68 gegen 23,30 Uhr  
 hat der Beschuldigte auf der verkehrsreichen  
 Straße von Unterzeisendorf nach Berga/Elster  
 ca. 800 m vor dem Ortseingang der Stadt Berga  
 auf den Asphaltbelag eine konterrevolutionäre  
 Losung mit weißer Ölvorstreichfarbe geschmiert.  
 Der Inhalt richtete sich gegen die Maßnahmen  
 der DDR und der verbündeten sozialistischen  
 Länder zum Schutze des Sozialismus in der CSSR.

Abbildung: BStU, MfS, BV Gera, AU 1232 /68 Band I und Strafakte Band II

## Es lebe die ÈSSR!

### Gerd Franke

Im Jahr 1968 war der Buchdrucker Gerd Franke in der Druckerei des Presseorgans der SED-Bezirksleitung Gera „Volkswacht“ beschäftigt. Bereits im Herbst 1967 verfolgte Gerd Franke mit großem Interesse die Reformentwicklungen in der ÈSSR und hoffte auf ähnliche Umwälzungen in der DDR. Mit Freunden fuhr er am 10. August 1968 nach Karlovy Vary, um sich mit jungen Tschechen über die Veränderungen auszutauschen und sich ein eigenes Bild von den tief greifenden Reformen im Nachbarland zu machen.

In einem Interview schildert er die wohltuende Atmosphäre in Karlovy Vary. Er war fasziniert, wie frei man dort mit politischen Themen umging, die Diskussionen ohne Tabus. Einigkeit bestand unter den jungen Leuten, dass der Prager Frühling dazu beitragen könnte, das Klima des Kalten Krieges in Europa zu beenden. Solche öffentlichen Gespräche über politische Themen hatte er sich immer gewünscht. Es hatte ihn zunehmend belastet, dass er in der DDR keine Möglichkeiten fand, sich über Probleme auszutauschen. Wie die Reformer in der KPÈ war er gegen einen diktatorischen Sozialismus, der auf Angst und Unterdrückung setzte. Als er am 15. August 1968 wieder nach Hause fuhr, hatte er Hoffnung, dass sich die DDR dem Vorbild eines demokratischen Sozialismus nicht verschließen könne.

Die Abteilung Organisation/Kader der Bezirksleitung (BL) der SED Gera erfasste am 11. Mai 1968 nachstehende Meinungen von ÈSSR-Bürgern, die in Wüstenwetzdorf zu Besuch weilten: „Am 1. Mai 1968 wären viel mehr Bürger zur Demonstration gewesen. Dabei hätte man insbesondere feststellen können, dass keine russischen Fahnen mitgeführt wurden; Von Seiten der DDR wolle man in die inneren Angelegenheiten der ÈSSR eingreifen und ihnen Vorschriften machen; Deshalb sei der Präsident früher von der Dresdner Konferenz abgereist und vorübergehend die Einreise von DDR-Bürgern verboten; Durch die DDR würden Sendestörungen im Fernsehen der ÈSSR verursacht; Auf die Freundschaft mit der DDR und der Sowjetunion könne man sich nicht mehr so sehr einlassen.“

Am 21. August 1968 weckte ihn seine Mutter mit der Information, dass Truppen des Warschauer Paktes in die ÈSSR einmarschiert waren. Sein Entsetzen darüber konnte er nicht mehr kontrollieren, meint Gerd Franke in seinem Erlebnisbericht. Besonders empört hatte ihn, dass auch Panzer der DDR

mit einmarschiert wären. Zusammen mit seiner Kandidatenkarte schickte er nachfolgende Erklärung an die Leitung der Betriebsparteiorganisation (BPO) der Druckerei „Volkswacht“:

[REDACTED]

Kollege [REDACTED]!

BStU  
000250

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Partei. Ich bin entsetzt über die Ereignisse in der ČSR. In meinen Augen als Pazifist stellt diese Intervention einen brutalen Verstoß gegen das Völkerrecht dar, das ich mit meinem Bewußtsein in keiner Weise vereinbaren kann. Einer Partei, die solche Dinge unterstützt, kann ich nicht angehören.

Einen Teil meines Urlaubes verbrachte ich in der ČSR und suchte dort das politische Gespräch mit den Bürgern. Mir wurde klar, daß ich bei uns bewußt falsch informiert worden bin, was während der gegenwärtigen Situation auch der Fall ist.

Nach meinem Urlaub am 29.8. bin ich gern bereit, eventuelle Fragen zu beantworten.

Gera, den 22.8.1968

[REDACTED]

Abbildung: BStU, MfS, BV Gera, AU 1303/68, Band I

Die Parteileitung der Druckerei „Volkswacht“ versuchte Gerd Franke „umzustimmen“. Nach der Aussprache musste die Parteileitung jedoch ins Protokoll schreiben, dass Gerd Franke die Bemühungen der Genossen nicht annahm, ihn von seiner falschen Ansicht zur Lage in der ÈSSR zu überzeugen. Er meine immer noch, dass die ÈSSR die Bruderländer nicht um Hilfe gerufen habe. Die Leitung zeigte ihm auf, „dass er bei seiner Rückkehr im Gespräch mit bewussten und erfahrenen Genossen unklare Fragen hätte diskutieren müssen. Das wäre seine Pflicht als Kandidat unserer Partei gewesen. Er aber hat sich die Argumentation der feindlichen Kräfte zu Eigen gemacht.“

Sein innerer Aufruhr gegen die Niederschlagung eines demokratischen Sozialismus blieb. Mit zwei Freunden und ÈSSR-Urlaubsbegleitern planten sie deshalb eine öffentliche Protestaktion. Geeignet erschien das Anfertigen und Verteilen von Flugblättern. Allein verteilte er die Flugblätter am Abend des 26. August 1968 in Straßen des Geraer Ostviertels, seinen Freunden war die Aktion zu gefährlich geworden.

Unter dem Punkt: „Welche Formen des gegnerischen Einflusses wurden sichtbar?“ schreibt die Jugendkommission der SED-Kreisleitung: „Seit ca. einem Jahr besteht eine lose Gruppe von Jugendlichen auf dem Galgenberg in Gera im Alter zwischen 17 und 21 Jahren, die sich in den Abendstunden u.a. in der Kleingartenanlage ‚Fortschritt‘ treffen. Aus diesem Kreis wurden 2 Personen inhaftiert, da sie am 27. August 1968 in der Straße des Bergmanns und Unterführung Friedhofsstraße in großer Anzahl Flugblätter mit der Aufschrift ‚Nieder mit dem Faschisten Ulbricht, es lebe Dubèek‘ legten.“

Am 29. August 1968 wurde Gerd Franke in der Druckerei verhaftet. Nach der Verhaftung wurde ihm vom MfS die Aussage eines Freundes vorgelegt. In einem Protokoll vom 6. September 1968 hatte dieser gegenüber dem MfS bereit, die Aktion aus falsch verstandener Freundschaft nicht verhindert zu haben. Er wurde am 11. September 1968 verhaftet und später zusammen mit Gerd Franke verurteilt. Im Jahr 2006 hatte Gerd Franke die Möglichkeit mit ihm zu reden. Der damalige Freund gab zu, aus Angst die Informationen an die Stasi weitergegeben zu haben.

In den Vernehmungen, berichtet Gerd Franke, wurden psychischer Stress und seine jugendliche Unerfahrenheit ausgenutzt, um ein Feindbild darzustellen, das nicht den Tatsachen entsprach. Versucht hatte das MfS während

der Untersuchungshaft auch, aus der ÈSSR-Reise eine illegale Republikflucht über Österreich zu konstruieren. Ausreichende Beweise für einen angeblichen Fluchtplan konnten nicht gefunden werden.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                             |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------|
| Das Kreisgericht                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | Ausfertigung                                                |
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Gera, den 30. August 1968                                   |
| Aktenzeichen: 33/68<br>(Bei Eingaben stets anfügen)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | Femul                                                       |
| Haftbefehl                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |                                                             |
| <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;">             BStU<br/>000012           </div>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                                                             |
| <p>Der Buchdrucker [REDACTED], geb. am [REDACTED] 1948 in Gera wohnhaft in Gera, [REDACTED] ist in Untersuchungshaft zu nehmen</p> <p>Er wird beschuldigt, mit dem Ziel, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu schwächen und gegen sie aufzuwiegeln, Schriften, die die staatlichen und politischen sowie gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR diskriminieren, hergestellt und verbreitet und gleichzeitige Repräsentanten der DDR diskriminiert zu haben, <del>und</del> <del>Repräsentanten der DDR diskriminiert zu haben, und</del> <del>Repräsentanten der DDR diskriminiert zu haben, und</del> <del>Repräsentanten der DDR diskriminiert zu haben, und</del> (Verbrechen nach § 106 (1) Ziffer 1 und 3 StGB)</p> <p>Der Beschuldigte soll am 26. 8. 1968 in seiner Wohnung in Gera etwa 250 handgefertigte Holzschriften hergestellt und diese sämtlich im Stadtgebiet von Gera verbreitet zu haben. Der Inhalt dieser selbstgefertigten Schriften richtet sich gegen den Vorsitzenden des Staatrates der DDR und 1. Sekretär des ZK der SED.</p> <p>Die Voraussetzungen für die Anordnung der Untersuchungshaft liegen gem. § 122 (1) Ziffer 1 und 2 StPO vor.</p> |                                                             |
| GÖZ. Mitsch<br>Richter am Kreisgericht                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |                                                             |
| Gegen diesen Haftbefehl ist binnen einer Woche das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |                                                             |
| Ausgefertigt:<br><div style="border: 1px solid black; border-radius: 50%; width: 100px; height: 100px; display: flex; align-items: center; justify-content: center; margin: 10px auto;"> </div>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Gera, den 30. August 1968<br><i>[Handwritten signature]</i> |
| Best.-Nr. 220 16 Haftbefehl - Kreisgerichte - (6) 14 I B. StPO)<br>Verordnungs-Lieferung Erlaut. (9/11 A) - 4899                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                                                             |
| Ag 308/60 DDR 140/30 5/90 3275 V/8/21                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                                             |

Abbildung: BStU, MfS, BV Gera, AU 1303/68, Band II

In den Verhandlungen am 31. Oktober und 4. November 1968 wird gegen die beiden Freunde durch den Strafsenat des Bezirksgerichtes Gera argumentiert, dass beide Angeklagten in die ÈSSR fuhren, um „sich im hetzerischen Sinn“ zu äußern. Beide waren schließlich in die ÈSSR gefahren, um zu prüfen, „ob die Einschätzung der DDR, dass sich in der ÈSSR die Konterrevolution entwickelt hat, stimmt.“ In Karlovy Vary, behauptete der Strafsenat, nutzten sie dann „die sich bietenden Möglichkeiten, ihre feindliche Grundhaltung zur Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck zu bringen. Das taten sie ohne Bedenken und hemmungslos.“

Als „übelste Diffamierung“ der DDR verurteilte der Strafsenat, dass beide „behaupteten, dass es in der DDR eine Diktatur gebe und der Diktator der Staatsratsvorsitzende sei, dass Meinungs- und Pressefreiheit nicht garantiert wären und dass man demzufolge wie ein Eingesperrter leben müsse“. Daraus schlussfolgerten sie, die „Verhältnisse in der ÈSSR beurteilend ...“, dass diese auf die Deutsche Demokratische Republik übertragen werden müssten.“

Für den Strafsenat konnten diese Auffassungen nur ein Resultat feindlicher ideologischer Diversion sein. Gewissenskonflikte und Mut wurden als „starke Einflüsse“ ausgeschlossen. Sie passten nicht zu einem „Verrat an Interessen der sozialistischen Gesellschaft“. Erklärt wurde dieser „Verrat“ damit, dass sich Gerd Franke mit seinen Unklarheiten den „westlichen Feindsendern“ überließ und er diese im Arbeitskollektiv verschwieg. Deshalb habe keiner gemerkt, dass er sich immer mehr feindlichen Auffassungen näherte, bis er zum Verräter wurde.

Erinnerungen von Gerd Franke: „...Die Empörung war natürlich in der Führungsetage der Volkswacht unglaublich. Von heute auf morgen war ich also ein Konterrevolutionär, der sich mit dem Sozialismus nicht einigt und sich auf die Seite der Gegner der DDR stellt. Was mich auch sehr bedrückt hat, war, dass bei einer einberufenen Betriebsversammlung dort selbst Kollegen auf mich einschrrien und eindroschen, die mir vorher unter vier Augen noch gesagt haben: ‚Prima, da ist wenigstens einer, der den Mut aufbringt, dagegen etwas zu sagen.‘ Es waren bittere Augenblicke, dass die Kollegen sich an dieser Hatz mir gegenüber mit beteiligt haben. ...“

Der Strafsenat erklärte weiter: „Im Gegensatz zum Angeklagten verstehen seine Kollegen und die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, dass diese Maßnahme einzig und allein dem Schutz der Entwicklung der sozialistischen



Staatengemeinschaft und der Erhaltung des Friedens dient“. Die Angeklagten hätten sich jedoch „auf die Seite der Feinde gestellt, obwohl jeder Bürger aufgerufen war, sich zur Politik des Arbeiter- und Bauernstaates zu bekennen, so dass ihre Straftaten angesichts der komplizierten Klassenkampfsituation umso schwerwiegender zu betrachten sind.“

Weil er 1967 noch auf der „richtigen Seite“ stand, schätzte das Bezirksgericht nun Gerd Franke als besonders gefährlich ein. Bei ihm hatte die „psychologische Kriegsführung der militaristischen und imperialistischen Kräfte“ eine besonders nachhaltige Wirkung erreicht. Dem drastischen Straf Antrag des Bezirksstaatsanwaltes von 3 Jahren und 6 Monaten wegen „mehrfachen Verbrechens der staatsfeindlichen Hetze“ stimmte der 1. Strafsenat des Bezirksgerichtes Gera zu.

Bei seinem 18-jährigen Freund milderte der Strafsenat den Antrag des Staatsanwaltes von 2 Jahren und 6 Monaten auf 2 Jahre Haftstrafe ab. Er begründete das damit, dass er sich von seinem politisch reiferen Freund und Vorbild verleiten ließ. Am Abend vor der gemeinsam geplanten Flugblattaktion hatte er beim abendlichen Nachhauseweg mit Gerd Franke die spontane Idee weiteren Protest gegen die „Hilfsmaßnahmen“ zu äußern: In einer Telefonzelle wählte er eine zufällig ausgesuchte Telefonnummer. 20 Sekunden lang wiederholte er dann „Nieder mit Ulbricht“. Der Empfänger fertigte einen Bericht an das MfS. Das Gericht wertete diesen Anruf als „Einschüchterung von DDR-Bürgern, die den Eindruck bekommen sollten, dass es in der DDR noch Personen gebe, die mit der vom Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und 1. Sekretär des Zentralkomitee (ZK) der SED betriebenen Politik nicht einverstanden sind und deshalb seine Ablösung forderten.“

Entlassen wurde sein Freund schon zwei Tage vor Weihnachten. Er gehörte zu den politisch inhaftierten Jugendlichen, die noch keine 20 Jahre alt waren und deren Strafen auf Anweisung des Generalstaatsanwalts ausgesetzt wurden.

Die Eltern von Gerd Franke waren vom Urteil schockiert und legten Berufung ein. Während dieser Zeit blieb Gerd Franke zusammen mit anderen, die wegen ihrer Proteste gegen die „Hilfsmaßnahmen“ ebenfalls verurteilt worden waren, in der MfS-Untersuchungshaftanstalt Gera. Er erinnert sich an einen Lehrer und Vater von 3 Kindern aus Pößneck, der zu 2 Jahren Haft verurteilt wurde, weil er in der Nacht „Freiheit Dubèk“ an ein Haus geschrieben hatte sowie an einen 15-jährigen Jugendlichen, der ein Flugblatt an eine Wandzeitung gehangen hatte und dafür eine Haftstrafe von 18 Monaten erhielt. Das Oberste Gericht lehnte eine Berufungsverhandlung ab.

Gerd Franke erinnert sich: „Ich wurde Anfang Dezember 1968 in das geheime Straflager X des MfS nach Berlin-Hohenschönhausen gebracht, welches dahingehend ausgelegt war, die Persönlichkeit und Standhaftigkeit politischer Gegner und Kritiker dauerhaft mit kaum vorstellbaren, menschenverachtenden Praktiken psychisch und physisch zu brechen. Als Konsequenz aus dieser Behandlung stellte ich schweren Herzens im Frühjahr 1969 einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und gelangte durch einen Häftlingsfreikauf der damaligen Bundesregierung im September 1970 in die Bundesrepublik Deutschland.“

Gerd Franke lebt heute verheiratet als Familienvater von drei Kindern in Saulheim in Rheinland-Pfalz und engagiert sich seit 20 Jahren für die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS).

Nach eigenen Angaben hat die SED im Bezirk Gera „mit mehr als 300 Genossen Auseinandersetzungen geführt, weil sie falsche und feindliche Auffassungen im Zusammenhang mit den Maßnahmen in der ÈSSR hatten.“ Solche Auffassungen waren u.a.: „Die 5 sozialistischen Armeen hatten kein Recht, in die ÈSSR einzumarschieren, da dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und einer Aggression gleich kommt. Der Einmarsch der Nationalen Volksarmee wurde gleichgestellt mit dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf die Tschechoslowakische Republik (ÈSR) 1938. Jedes Volk soll selbst entscheiden, welche Gesellschaftsordnung in seinem Land entwickelt werden soll.“ ... „In vielen Auseinandersetzungen wurde erreicht, dass die Mehrzahl der Genossen ihre falsche bzw. feindliche Auffassung revidierten. Ein Teil der Genossen vertrat dann die Politik der Partei. Gegen 26 Genossen mussten Parteiverfahren durchgeführt werden, mit deren Ergebnis 10 Ausschlüsse, 7 Streichungen, 3 strenge Rügen, 2 Rügen und 4 Verwarnungen/Missbilligungen beschlossen wurden.

## Die Reform könnte ein Aufbruch werden

### Wolfgang Freytag

*Für einen Kurzurlaub waren der damalige 27-jährige Musiker Wolfgang Freytag mit seiner Frau am 20. August 1968 in die Böhmisches Schweiz gefahren. Er erinnert sich an das Ende des Prager Frühlings:*

Als wir im August 1968 in Dresden meine Schwiegereltern besuchten, rieten die uns immer wieder, doch einmal in die schöne Böhmisches Schweiz zu fahren. Geahnt hatten wir alle vier nicht, warum kurz zuvor hunderte Armee-fahrzeuge und Panzer nachts durch Dresden gerattert waren.

In Diên besorgten wir uns ein Hotelzimmer. Dann wanderten wir los. Nach einem schönen Bierchen gingen wir abends schlafen. Morgens klopfte es. Ohne abzuwarten, kam ein Herr in unser Zimmer und fragte uns in Deutsch, ob wir schon wüssten, was passiert wäre. Die Staaten des Warschauer Paktes seien einmarschiert und hätten die größten Hetzer schon festgesetzt. Das mussten wir erst einmal verdauen. Für uns waren die Reformer bewundernswerte und mutige Leute. Wir hatten gehofft, dass die Reform ein Aufbruch werden könnte und auch die DDR davon etwas abbekommt, manches einfach ein bisschen normaler wird. Warum der Herr zu uns herein kam? Vielleicht hatte er Order, alle DDR-Touristen zu informieren. Er sagte uns auch, dass die DDR ihre Grenze zur ÈSSR dicht gemacht hätte und ihre Bürger weder aus- noch einreisen lassen würde.

Einen ersten Eindruck, was los war, hatten wir schon in Diên bekommen. Nach unserer Ankunft hatten wir einen Deutschen getroffen, der in der Tschechei lebte und haben uns mit ihm nett unterhalten. Als wir ihn nun wieder sahen, war er gar nicht mehr so nett. Er sagte: „eure sind einmarschiert und es wird geschossen“. Auf der Straße gab es spontane Demonstrationen, auf denen Leute mit schnell gemalten Spruchbändern gegen den Einmarsch protestierten. Nach eigenen Angaben war die DDR am Einmarsch beteiligt. Wie sich die Stimmung gegenüber DDR-Bürgern entwickeln würde, war ungewiss. Da war uns schon etwas mulmig, denn wir wussten nicht, wann wir wieder aus der ÈSSR raus kommen. Was wir sonst noch in Diên hörten, wies schon auf eine sehr ernste Lage hin. Da hieß es, die Truppen hätten alle Bäckereien, Zeitungen und Flugplätze besetzt. Es sickerte durch, dass bei einer örtlichen Garnison ein russischer Offizier erschienen wäre, der den tschechischen Standortkommandanten gefragt hätte, wo denn die Provokateure und Saboteure wären. Da der keinen kannte, wären die Besatzer wie-

der gegangen. Hinter vorgehaltener Hand wurde erzählt, dass ein tschechischer Militär sich vor Offizieren eines Militärkommandos erschossen hätte, die den Standort besetzen sollten. Zuvor hatte er verlangt, dass sie den Standort verlassen. In Diëin selbst waren am Morgen kaum noch Truppen präsent. Da war die Sache gelaufen.

Um zu erfahren, wie die Bevölkerung einer großen Industriestadt reagierte, fuhren wir mit dem Zug nach Ústi nad Labem. Da war alles wie in einem Brennspiegel. Die Stadt war wild aufgerührt, von Menschen durchzogen. Sie schien uns völlig kopflos zu sein. Viele Leute weinten, andere zogen durch die Straßen mit Sprechchören: „Dubèek, Svoboda“. Wir waren sehr bewegt. Gesprochen haben wir mit Keinem. Das war eigentlich auch nicht nötig. Man sah ja, was los war. Ich kann mich nur dunkel erinnern, dass wir uns kurz mit einer Frau unterhielten, die etwas deutsch konnte. Aber in der uns alle bedrückenden Stimmung beschränkte sich das Gespräch nur auf ratlose Sätze: Ja, jetzt ist der Prager Frühling zu Ende. Wir müssen sehen, wie wir damit leben. Man konnte sich ja ausrechnen, was das alles für Folgen hat und dass es nicht gut ausgeht. Nirgendwo hörten wir irgendjemand aus der Bevölkerung sagen, Gott sei Dank, endlich befreien sie uns von diesem ganzen Prager Frühlingsfest. Nichts davon habe ich gehört. Im Gegenteil. Viele waren traurig, weil sie ja wussten, dass sie nichts machen können.

In Ústi nad Labem hatten wir natürlich auf großen Plätzen Kontakt mit dem Militär. Da waren Truppen mit Maschinengewehren auf Lastkraftwagen und anderen Fahrzeugen. Hunderte von Menschen standen um sie herum. Vor allem junge Leute sprangen auf die Fahrzeuge drauf. An einem Maschinengewehr stand ein Soldat, dessen Blick ich nicht vergessen werde. Der war vollkommen fertig. Er wusste überhaupt nicht, was er machen sollte. Er hat wahrscheinlich nur gedacht, um Gottes Willen, dass ich jetzt mal nicht den Befehl kriege, hier zu schießen. Denn die jungen Leute, die zu ihm hinauf gesprungen waren, nahmen das Maschinengewehr und drehten es im Kreis. Es rotierte wie ein Karussell. Das zeigte ja nun, was sie davon hielten und der Soldat stand daneben und hat nichts getan. Dann kamen weitere Trupps auf LKWs. Die jungen Leute hatten Zettel geschrieben. Sie sprangen auf die Trittbretter der vorbei fahrenden LKWs und klebten die Zettel auf die Scheiben. Ich habe LKWs gesehen, deren Frontscheibe fast zugeklebt war. Aber die Soldaten hatten alle Fenster hoch geleiert und machten gar nichts. Also dort ist nichts passiert. Von Seiten des in die ÈSSR einmarschierten Militärs habe ich keinen Schuss gehört und selbst nichts in der Richtung erlebt.

Abends sind wir wieder nach Diên gefahren. Dort blieben wir noch ein paar Tage, bis uns gesagt wurde, dass wir wieder nach Dresden fahren könnten. Das taten wir natürlich sofort, weil wir ja auch keinerlei Verbindung hatten zu den Schwiegereltern oder sonst irgendjemand. Telefonieren war ja nicht möglich. Dass wir wieder in der DDR waren, spürten wir, als im Zug unsere Zöllner kamen. Ein Mitreisender hatte ein Karl-May-Buch gelesen. Das wurde sofort konfisziert. Die Anschauung über Karl Mays Leben und Wirken hat sich in der DDR ja erst später völlig geändert. Das war der erste Eindruck nach unserer Rückkehr: Repressionen unsinnigster Art.

### **Offene und kameradschaftliche Atmosphäre**

**Moskau (ADN).** In einer offiziellen Mitteilung, die in Moskau veröffentlicht wurde, heißt es: „Am 23. August begannen in Moskau Verhandlungen zwischen der Delegation der Tschechoslowakei mit dem Präsidenten der CSSR, Ludvík Svoboda, an der Spitze und führenden Persönlichkeiten der KPdSU und der Sowjetregierung. Die Verhandlungen finden in einer offenen, kameradschaftlichen Atmosphäre statt.“ Am Sonnabend und Sonntag wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Es wurde vereinbart, die Verhandlungen heute weiterzuführen.

## **Flugblätter gegen Konterrevolution in Prag**

### **Reaktionäre Elemente provozieren weiter**

**Moskau (ADN).** „Erstmals sind in den Straßen Prags Flugblätter aufgetaucht“, berichtet die Moskauer „Iswestija“, „verfaßt und verbreitet von Partisengruppen, die ungeachtet aller Drohungen der Konterrevolutionäre weiterarbeiten. In einem dieser Flugblätter heißt es: „Bürger von Prag! Deine Feinde sind nicht die russischen Jungs in Uniform, die Söhne derer, die Prag 1945 befreit haben, nicht die russischen Offiziere, die Dir vor 23 Jahren bei der Befreiung von der faschistischen Pest halfen. Sie sind heute nicht gekommen, um Deinen Januar zu durchkreuzen, nicht, um Dein Volk zu hindern, auf dem Weg seiner nationalen Entwicklung vorwärtzuschreiten. Sie sind hier, weil Du Dein Feind – seit Jahren auf einen günstigen Augenblick wartend, um Dich von dem Weg abzubringen, den Du vor 20 Jahren betreten hast – die Hand gegen die größte Errungenschaft des Volkes erhoben hat – gegen den Sozialismus...“

Reaktionäre Elemente versuchen, in die tschechoslowakische Armee einzudringen und ihre Soldaten und Offiziere zum bewaffneten Widerstand gegen die verbündeten Truppen zu provozieren. Sie versuchen mit allen Mitteln, ein Blutbad anzurichten. Sie rufen zum Terror gegen jene auf, die die

Pläne und Aktionen der Konterrevolution durchschaut haben.“

„Wie weit die Konterrevolutionäre in ihrem Treiben bereits gehen, beweist der Heidentod der Mannschaft eines sowjetischen Panzerwagens“, heißt es in dem „Iswestija“-Bericht weiter. „Die vierköpfige Besatzung des Panzers war auf dem Marsch wegen einer kleinen Havarie hinter der Kolonne zurückgeblieben und hatte dann in hohem Tempo versucht, den Rückstand wettzumachen; plötzlich erblickte sie an einer scharfen Kurve in der Ortschaft Sandov unweit von Prag eine lebende Mauer. Frauen und Kinder quer über der Straße, offensichtlich zusammengetrieben von Konterrevolutionären. Der Kommandeur tat das für ihn einzig Mögliche – er riß die Maschine in voller Fahrt zur Seite. Der Panzer stürzte einen Abhang hinunter.“

Die konterrevolutionären Elemente provozieren Zwischenfälle und betreiben eine erbitterte Verleumdungskampagne gegen die patriotischen Kämpfe des Landes und gegen die verbündeten sozialistischen Staaten. In mehreren Fällen eröffneten Provokateure das Feuer auf Angehörige der verbündeten Armeen, Sowjetische Soldaten; die Verwaltungsgebäude bewachten; wurden aus Maschinenpistolen beschossen.

(Fortsetzung auf Seite 2) f

In Dresden taten wir, was wir noch nie getan hatten. Wir kauften ein „Neues Deutschland“, die Parteizeitung des Zentralkomitees der SED. In der Prager Straße haben wir uns dann auf eine Bank gesetzt und darin geblättert. Da stand eine ganze Reihe von dem drin, was wir gesehen und erlebt hatten, aber alles anders herum. Es wimmelte von Scharfmachern und Provokateuren und Feinden des Sozialismus und Schädlingen. Die Truppen des Warschauer Paktes wurden begeistert begrüßt und es ist nun alles auf dem Weg der Besserung. Es war schon doch der Hammer, das so schwarz auf weiß lesen zu müssen, denn wir hatten nicht irgendetwas im Fernsehen gesehen, sondern wir waren doch selbst dabei gewesen. Dass so frech gelogen wurde, das hätte selbst ich nicht gedacht. Das hat dann doch sehr lange nachgewirkt. Bis zum Ende der DDR war uns nun völlig klar, was wir von einer DDR-Zeitung zu halten hatten. Da konnte unter Umständen was drin stehen, was stimmte, aber was die große Leitlinie betraf, politische Dinge, da war es angebracht, durchgehend total misstrauisch zu sein.

Danach fuhren wir zu meinem Schwiegervater an die Technische Hochschule, heute Technische Universität. Er arbeitete dort als Ingenieur. Er war ein sportlicher Mann und hatte immer eine gesunde Gesichtsfarbe, aber so weiß wie ein Laken hatte ich ihn noch nie gesehen. Das zeigte uns die Sorge und Angst, die unsere Schwiegereltern durchgemacht hatten.

Monate hat es noch gedauert, bis ich diese Bilder von der ÈSSR verarbeitet hatte. Menschen, die auf der Straße ihre Gemütsbewegungen so offen zeigten, vergisst man nicht so schnell. Ich habe auch mit vielen darüber gesprochen, ohne eine Bremse im Kopf zu haben, was ich wem erzählen könnte. Irgendwie war ich da noch naiv. Ich wusste nicht, in was für einer Überwachungsmaschinerie DDR-Bürger steckten. Bei einem Besuch meiner Großtante in Sondershausen sprach ich auch mit einem sehr guten Freund der Familie über meine ÈSSR-Erlebnisse. Er war immer ein Kommunist mit Idealen geblieben, obwohl er Schlimmes erlebt hatte. Unter den Nazis war er in Buchenwald. Er war ein besonderer Mensch. Ich schätzte ihn, weil er ehrlich und aufrichtig war. Ich verstand darum nicht, dass er versuchte, alles, was ich erzählte anders darzustellen und mich zu bekehren. Da war aber nichts zu bekehren. Ich hatte alles selbst gesehen. Er hatte es nur über Dritte erfahren.

In der ÈSSR war ich erst wieder etwa zehn Jahre später. Ich weiß aber durch Musiker-Kollegen, dass DDR-Bürger zuvor lange Zeit nicht willkommen waren. Sogar Freundschaften waren mit der Begründung abgebrochen worden: „Ihr habt uns ja verraten“. Die Geraer Musikschule hatte eine Partner-

schule in Plzeň und gestaltete dort öfter Programme. Die Treffen mit den Leuten von der Plzeňer Musikschule waren immer ganz toll. Das Thema „1968“ wurde dabei aber immer bewusst von beiden Seiten ausgeklammert. Wir fühlten uns als DDR-Bürger irgendwie schuldbewusst und die Plzeňer waren rücksichtsvolle Gastgeber, die uns nicht erinnern wollten, dass die DDR mit dabei war, einen tollen Aufbruch mutiger Menschen mit viel Idealismus zu verhindern.

Die Abt. Wissenschaft/Volksbildung/Kultur der BL der SED Gera leitet am 10. Oktober 1968 aus den Ereignissen in der ÈSSR u.a. folgende Schlussfolgerungen für die politisch ideologische Arbeit ab: „... von besonderer Bedeutung ist die gründliche ideologische Vorbereitung aller Kollektive, Künstler und Wissenschaftler, die im kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit der ÈSSR stehen. ...“

Auszug aus dem Schreiben der Wissenschaftlichen Staatsbibliothek Plzeň an die Universitätsbibliothek Jena vom 26. August 1968: „... Mit Rücksicht auf die Situation, die durch die feindliche Okkupation ... entstand, kann die wissenschaftliche Staatsbibliothek in Pilsen die gemeinsame Zusammenarbeit mit ihnen nicht fortsetzen ... dringend bitten wir sie, die Professoren und Studenten der Friedrich-Schiller-Universität, die in der Vergangenheit so oft Mittelpunkt des freien Geistes und fortschrittlicher Ideen war, zu verständigen, was für ein Unrecht an uns die Armee des befreundeten sozialistischen Landes begeht. ...“

Auszug aus dem Schreiben Bezirksgericht Plzeň an das Bezirksgericht Gera vom 27. August 1968: „... unter diesen Umständen, wo wir zusammen mit dem gesamten tschechoslowakischen Volk und seinen Regierungs- und Parteirepräsentanten die gewaltsame Besetzung der ÈSSR ablehnen, nehmen wir an keinem weiteren Erfahrungsaustausch aus der Justizpraxis teil, bis die DDR und ihre Repräsentanten sich gegenüber der ÈSSR so verhalten, wie es sich einem souveränen unabhängigen sozialistischen Staat gegenüber gebührt. ...“

Auszug aus dem Schreiben Turnverband Plzeň an den Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) Schleiz vom 30. August 1968: „... solange Eure Regierung sich bei unserem Volk



wegen ihrer ungerechten Handlung gegen uns nicht entschuldigt, unterbrechen wir offiziell unsere Freundschaft und alle sportlichen Beziehungen. ...“

Auszug aus dem Fernschreiben des Rats des westböhmisches Nationalausschusses aus Plzeň vom 2. September 1968 an den Rat des Bezirkes Gera/Abteilung Kultur: „... im Zusammenhang mit der Okkupation der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik durch ihre Armee kündigen wir augenblicklich alle Absprachen der kulturellen Zusammenarbeit zwischen unseren Bezirken. ...“

Briefverkehr Betrieb Totex Chrastava an den Volkseigenen Betrieb (VEB) Textilveredlungswerke Greiz vom 2. September 1968: „... im Namen der Solidarität der Werktätigen unser beiden Staaten erhebt Eure Stimme und verlangt von Euren offiziellen Stellen den Abzug Eurer Armee aus unserem Lande, damit ihr Euch bei unserem nächsten Begegnungen nicht schämen müsst, uns in die Augen zu schauen. Wir glauben an Euch, wir verlassen uns auf Euch! 3000 Werktätige des volkseigenen Betriebes Totex Chrastava. ...“

Es war sicherlich viel Idealismus dabei. Man kann den Reformern auch nicht vorwerfen, dass sie etwas pragmatischer – oder illusionsloser – hätten sein müssen. Wer die Situation in den sozialistischen Ländern dieser Jahre kennt, weiß, dass jeder Aufbruch eigentlich etwas ganz Tolles gewesen ist. Die Reformer sind ja auch ziemlich weit gekommen. Sie haben über Jahrzehnte die Hoffnung begründet, dass es möglich sein könnte einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu formen. Selbst 1989 war das noch nicht ausgestanden. Wie ich dachte da noch Viele, dass es möglich sein könnte, Dinge, die der Sozialismus gebracht hatte, mit anderen Dingen zu vereinen. Diese Illusion hatte durchaus etwas damit zu tun, dass die Akteure des Prager Frühlings mit sehr viel Idealismus gedacht und gehandelt haben.

C E S K O S L O V E N S K Y S V A Z T Ě L E S N Ě V Y C H O V Ý  
Okresní Výbor Plzeň-Sever

Pilsen, den 12.11.68

Deutscher Turn- und Sportbund  
Kreisvorstand

Schleiz  
-----

*Beantwortet  
OK. R. S. P.  
16*

Sehr Geehrte,

wir erhielten Ihre Antwort auf unser Schreiben. Wir reagieren auf Ihr Schreiben als Bürger, welche fest hinter der Kommunistischen Partei und Regierung stehen und wir können im Namen von 10 000 Mitgliedern unserer Bezirkssportorganisation verantwortlich erklären, daß unter ihnen kein einziger ist, der möchte, daß die Skoda-Werke den Kapitalisten zurückgegeben werden.

Eine Erklärung des tragischen Unverständnisses zwischen unseren Völkern ist nicht notwendig, Sie brauchen uns nicht zu bedauern.

Wir sind stolz darauf, daß im ganzen Jahrtausend unserer geschichtlichen Entwicklung niemals tschechische und slowakische Soldaten wie Angreifer fremdes Land betreten haben ( die Deutschen haben das in unserem Gebiet in den letzten 30 Jahren 2 mal getan ).

Wir sind stolz darauf, daß in diesem Jahrhundert - in der Zeit zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg, wir lebten damals in einem bürgerlichen Freiheitlichen Staat in Mitteleuropa - selbst deutschen Kommunisten, die aus ihrer Heimat fliehen mußten, bei uns Aufnahme fanden.

Bei uns entstand kein Faschismus, ~~und~~ von unserem Land aus wurden nicht alle Staaten Europas bedroht. Wir brauchen uns deshalb nicht zu schämen. Nach der Befreiung unserer Heimat durch die ruhmreiche Rote Armee im Mai 1945 haben wir in unserem Land die Grundlagen zum Sozialismus gelegt und im Februar 1948 haben wir uns für den Sozialismus definitiv entschlossen, weil der größte Teil unseres Volkes überzeugt war, daß bei uns keine andere Entwicklung möglich ist. Niemand hat uns dazu genötigt, wir waren kein zusammengebrochener Staat, selbständig haben wir uns für diesen Weg freiwillig entschlossen. In den verfloßenen 20 Jahren gabe es Erfolge, die allgemein bekannt sind und die niemand bezweifeln wird.

- 2 -

Der westdeutsche Imperialismus hat in dieser ganzen Zeit versucht, unser neues Leben zu komplizieren und zu behindern. Belehrt durch die Geschichte können wir nicht Bewunderer deutscher Größe und des Neonazismus sein und es ist deshalb überflüssig über unser Verhältnis zur DDR zu diskutieren. Uns interessiert nicht Brandt und sein Konsortium, die DDR war immer unser Freund. Sie haben uns allerdings bei jeder Gelegenheit von ihrer Freundschaft überzeugt.

In dieser ganzen Zeit haben wir unsere Industrie, die ganze Landwirtschaft und Klein Gewerbe verstaatlicht, bei Ihnen dagegen gibt es noch einen privaten Sektor und es existiert noch die kapitalistische Klasse. Wir denken über den Sozialismus toderntst.

In den 50iger Jahren kam es bei uns allerdings zu Deformationen, die zur Folge hatten, daß ehrliche und verdiente Kommunisten ( Slansky, Frejka, Sling u.a.) eingekerkert und hingerichtet wurden. Dies geschah deshalb, weil sie das absolute Regime Novotnys bremsen und die weitere Entwicklung anstatt mit der Wahrheit mit politischen Phrasen vor sich ging.

Damals hat uns niemand beraten, noch ist uns jemand zu Hilfe gekommen. Im Januar 1968 haben wir begonnen, auf Initiative der KPC diese Deformation zu überwinden. Wir werden niemals zulassen, daß die Verhältnisse aus den 50iger Jahren zurückkehren.

Entschuldigen Sie deshalb unsere Offenheit :

Wir erachten es als miserable Art, wenn unsere führenden Genossen Swoboda, Dubcek, Cernik und Smirkowsky durch Ihre Presse und Ihre illegalen Sender ( z.B. Moldau ) mit harten Worten angegriffen werden.

Bei uns ist allgemein bekannt, daß der Sender " Moldau " von Ihrem Land aus gesendet wird.

In der Aera Novotnys waren die Nachrichtenmittel Rundfunk und Fernsehen niemals in der Lage, die politische Wahrheit zu berichten. Die Redakteure und Zeitungsleute - größtenteils Kommunisten - standen in den Diensten des Gesamtprozesses aus dem zu ersehen ist, daß es sich bei uns nicht um " konterrevolutionäre Aktionen politischer Abenteurer " handelt.

Unser Aufstieg seit Januar 1968 weist das nach. Das müßte jeden verständig denkenden Menschen klar sein.

Aus Ihrer Anmerkung ist zu ersehen, daß Sie überhaupt nicht gewillt sind, die Atmosphäre unseres Lebens zu begreifen.

- 3 -

- 3 -

Sie haben vergessen, Ihre Antwort mit einem Stempel eines Organs zu versehen, in welchen Namen Sie schreiben.

Wir haben diesmal auf Ihren Wunsch hin nicht vergessen, alle eigenhändig zu unterschreiben. Wir wissen nicht, ob Ihnen das genügt und damit Sie nicht glauben, wir verheimlichen die Meinung unseres Bezirksausschusses.

Der Welt Frieden - ein Hoch der Körpererziehung!

gez. Unterschriften :

|           |       |             |                |
|-----------|-------|-------------|----------------|
| Filip, J. | Janek | Königsmark, | Ondruska, Jos. |
| Jelinek,  | Kerts | Kuchar      |                |

und 6 unleserliche Unterschriften

Diese erste Übersetzung wurde vorgenommen vom Genossen Adolf Kutscher, stellv. Abteilungsleiter Kultur beim Rat des Kreises Schleiz.

## Der Morgen des 21. August 1968 in Prag

### Gabriele Fuchs

*Das Ende des Prager Frühlings erlebte Frau Gabriele Fuchs als 18-Jährige in Prag. Mit anderen befreundeten Jugendlichen aus dem Kondensatorenwerk Gera gehörte sie zu einer Reisegruppe der Jugendtouristik, die in einem Studentenwohnheim oberhalb der Stadt untergebracht war. In einem Zeitzeugeninterview schildert sie ihre Erlebnisse:*

Am Morgen des 21. Augusts 1968 bekamen wir eine große Unruhe und Aufregung auf den Gängen mit. Wir sprachen eine Frau an, die etwas deutsch verstand und fragten sie, was los sei. Sie schrie immer: „Es ist Krieg!“. Da haben wir gedacht, was ist nur passiert, das kann doch nicht sein. Der Reiseleiter rief uns alle zusammen und sagte, er werde sich sofort über die Botschaft kundig machen. Wir bekamen dann die Nachricht, das Land so schnell wie möglich zu verlassen. Ein Bus sollte uns zum Bahnhof bringen. Bis der kam, kriegten wir natürlich noch Etliches mit. Von der Anhöhe über der Stadt konnte man gut erkennen, dass es überall brannte und rauchte. Panzer haben geschossen und man hat Einschläge gehört. Wir waren natürlich geschockt und hatten Angst.

Die Panzer kamen dann auch durch unser Viertel. Sie rasten rücksichtslos durch die Straßen und wälzten alles nieder, was im Wege stand: parkende Fahrzeuge, Papierkörbe oder andere Gegenstände. Da erkannten wir den Ernst der Lage. Der Reiseleiter legte fest, dass wir nur noch in Gruppen und mit seiner Kenntnis das Studentenheim verlassen durften. Als wir in einer solchen Gruppe an einer tschechischen Kaserne unterhalb des Heimes vorbei liefen, hörten Soldaten uns reden. Sie riefen über den Zaun: „Nemetzki, Ost oder West?“. Wir hatten keine Bedenken „Ost“ zu sagen. Da hoben sie Steine auf und warfen mit diesen nach uns. Das vergesse ich nie. Von da ab sollten wir auch aufpassen, dass keiner merkt, dass wir Deutsche aus der DDR sind. Die Aggressivität gegenüber der DDR war damals sehr groß.

Bevor wir am Nachmittag mit dem Bus zum Bahnhof fuhren, wollten wir natürlich noch unser tschechisches Geld loswerden. Wir gingen in eine Kaufhalle unseres Viertels. Es war aber eine Katastrophe. Die Menschen hatten aus Angst gehamstert und die Regale leer geräumt.

Bei der Fahrt durch das Zentrum haben wir noch klarer gesehen, was in Prag abgegangen war. Wir sahen zerstörte Schaufenster und wo es gebrannt hatte. Überall standen Panzer, auf denen die Soldaten saßen oder schliefen. Tschechen hatten schwarze Trauerfahnen über die Panzer gedeckt. Der Wenzelsplatz war übersät mit Fahnen, Blumensträußen und Kerzen für die Todesopfer, die es ja auch gab. Das Wenzel-Denkmal war belagert von Tschechen und den Russen, die ringsherum mit ihren Panzern standen. Aus dem Bus sahen wir erst einmal, wie viele Straßen gesperrt, belagert und kaputt waren. Überall erblickten wir Transparente, die wir aber leider nicht lesen konnten.

Auf der Fahrt zum Bahnhof wurde der Bus einmal angehalten. Vier russische Soldaten mit vorgehaltener Maschinenpistole kamen rein und gingen durch alle Reihen. Wir saßen voller Angst da und rutschten immer tiefer in unsere Sitze. Aber wir durften weiter fahren und kamen ohne weitere Vorfälle am Bahnhof an. Während der Busfahrt hatten wir einige Fotos gemacht. Im Zug sagte uns der Reiseleiter noch, dass wir diese Filme nicht mit über die Grenze nehmen sollten. Wenn wir kontrolliert würden, gäbe das Ärger. Einige versteckten ihre Filme in der Toilette. Die meisten warfen sie aus dem Fenster. Die ärgerten sich dann natürlich, denn wir wurden nicht kontrolliert.

Auf dem ersten DDR-Bahnhof sind die Jungs ausgestiegen, um eine Tageszeitung zu holen. Alle wollten wissen, wie das in der DDR dargestellt worden ist. Da hieß es natürlich, dass die Russen voller Freude als Freunde empfangen wurden. Wir waren so empört darüber, wie die Bevölkerung belogen wurde. In Prag war überall Frust und Aggressivität.

Moskauer Gespräche werden fortgesetzt: Die Mehrzahl der Menschen nahm die Mitteilung mit Genugtuung auf, dass der Präsident in Moskau herzlich willkommen wurde. Die fortschrittlichen Kräfte in der ESSR hoffen, dass die Gespräche Ergebnisse bringen, die die antisozialistischen Kräfte weiter zurückdrängen. Zum ersten Mal hatten viele Prager am Sonnabend Gelegenheit, die Erklärung der fünf befreundeten sozialistischen Länder an die Bevölkerung der ESSR in ihrer Landessprache zu lesen. Aus Hubschraubern abgeworfen, flatterten Zehntausende Exemplare der Erklärung über dem Stadtgebiet nieder. Auch sowjetische Soldaten verteilten von Panzern und anderen Fahrzeugen aus die Erklärung, in der dargelegt wurde, dass die befreundeten Armeen nicht in das Land gekommen sind, um sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen, sondern um die sozialistischen Errungenschaften der Werktätigen der ESSR vor den Anschlägen der in- und ausländischen Konterrevolution zu behüten.

Als wir dann wieder in den Betrieb kamen, wurden wir schon vor Arbeitsbeginn zur Parteileitung beordert. Da hieß es, wir sollten auf keinen Fall im Betrieb über das in Prag Erlebte berichten.

Auf der Sondersekretariatssitzung der SED-KL Gera-Stadt am 31. Juli 1968 wurden u. a. festgelegt: „Es ist sich ein Überblick über die Bürger zu verschaffen, die in den nächsten Tagen und Wochen beabsichtigen, in die ÈSSR zu reisen. Mit ihnen sind sowohl vor Antritt der Reise, als auch nach Beendigung der Reise grundsätzliche Aussprachen zu führen. Durch die Parteileitungen ist abzusichern, dass nur solche Bürger fahren, die zuverlässig sind.“ ...

Ich war aufgebracht und sagte, das muss ich loswerden, weil die Zeitungen nicht die Wahrheit sagten. Wir haben dann natürlich trotz der Drohung mit unseren Kollegen darüber geredet, zumal sie uns selbst nach unseren Erlebnissen fragten. Ich habe auch immer wieder gesagt, dass der Bevölkerung in der DDR über den 21. August 1968 in der ÈSSR nicht die Wahrheit gesagt worden war. Damals wusste ich ja noch nicht einmal, dass es unter meinen Arbeitskollegen Stasi-Mitarbeiter gab. Erst später erfuhren wir, dass wir gezielt eingeschüchtert werden sollten und dass auch der Reiseleiter ein Mitarbeiter des MfS war. Dass wir keine eigenen Fotos von der Rückfahrt durch Prag hatten, war vielleicht in diesem Falle ein Vorteil für uns. Nachteile hatte ich zum Glück durch meine kritischen Äußerungen nicht. Nach der Lehre durfte ich studieren.

Die Abteilung Organisation/Kader SED-BL Gera schreibt am 1. August 1968 in ihren Informationsbericht: „Der Kreis der Bürger, die noch eine schwankende Haltung einnehmen werden durch einzelne Bürger bestärkt, die in den letzten Tagen in der ÈSSR waren und mit einer solchen Meinung zurückkommen, drüben ist alles ruhig und wir würden nicht wahrheitsgemäß berichten. Die ÈSSR werde es schon richtig machen und eine Demokratisierung könnte auch bei uns nichts schaden.“



# AUFRUF

## an die Bürger der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

Berlin (ADN). Die Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben einen Aufruf an die Bürger der CSSR gerichtet. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

### Tschechische und slowakische Brüder!

An Euch wenden sich die Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Dem Hilferuf Folge leistend, mit dem sich dem Sozialismus treue, führende Partei- und Staatsfunktionäre der Tschechoslowakei an uns wandten, haben wir unsere Streitkräfte angewiesen, der Arbeiterklasse und dem ganzen tschechoslowakischen Volk die erforderliche Unterstützung zur Verteidigung seiner sozialistischen Errungenschaften zu gewähren, die von den immer nachdrücklicher betriebenen Anschlägen der inneren und der internationalen Reaktion bedroht werden.

Ein solches Handeln ergibt sich aus der in Bratislava von den kommunistischen und Arbeiterparteien der Bruderländer kollektiv übernommenen Verpflichtung, die sozialistischen Errungen-

schaften eines jeden Volkes gemeinsam zu wahren, zu festigen und zu verteidigen und den Umtrieben des Imperialismus eine Abfuhr zu erteilen.

Die von den Imperialisten ermunterten und unterstützten Konterrevolutionäre drängen mit Gewalt zur Macht. Nachdem sie die Schlüsselpositionen in Presse, Rundfunk und Fernsehen an sich gerissen hatten, verleumdeten und schmähten die antisozialistischen Kräfte alles, was durch die Hände der arbeitssamen Tschechen und Slowaken in 20 Jahren des Kampfes für den Sozialismus geschaffen worden ist.

Die Feinde hetzten gegen die dem Sozialismus ergebenden Kräfte, sie erschütterten die Grundlagen der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung, sie schlossen die bewußten Arbeiter und Bauern brutal von der Teilnahme am politischen Leben des Landes aus und verfolgten die ehrliche Intelligenz, die

(Fortsetzung auf Seite 2)

## In Prag herrschte der Ausnahmezustand

### Gisela Z.

*Im August 1968 machten Gisela Z., damals 46 Jahre alt, und ihre 21-jährige Tochter Urlaub in Špindleruv Mlýn (Spindlermühle). Zwei Tage des Urlaubes wollten sie nutzen, um die tschechoslowakische Hauptstadt kennen zu lernen. Am 20. August 1968 fuhren sie nach Prag.*

Am 20. August 1968 war in Prag für die tschechischen Menschen die Welt noch in Ordnung. Man ging seinen Beschäftigungen nach, in den Straßencafés saßen bei schönem Wetter die Leute und auf der Karlsbrücke waren mit bunter Kreide auf dem Gehsteig Karikaturen gezeichnet und Sprüche niedergeschrieben worden. Man las und staunte über die in Deutsch geschriebenen Worte, für die man in der DDR wohl ins Gefängnis kam. Diese Meinungsfreiheit war uns, die wir als Touristen in Prag weilten, völlig fremd.

Am 21. August 1968 war für das tschechische Volk nichts mehr so, wie es vorher war. In Prag waren die Geschäfte geschlossen, man sah niedergewalzte Verkehrsschilder, beiseite geschobene, demolierte Autos, LKWs und Panzer. Schüsse hörte man in der Ferne. Düsenjäger flogen im Tiefflug über die Dächer. Auf dem Wenzelsplatz fuhren Lastkraftwagen mit jungen Leuten, die ihre Nationalflagge schwenkten. Flugblätter wurden verteilt. Hinter dem Nationalmuseum sah man Rauchwolken aufsteigen und eine aufgebrachte Menschenmenge demonstrierte für ihr Land, für Demokratie und Freiheit.

Um die sowjetischen Panzer standen Leute, die mit den Soldaten diskutierten und immer wieder fragten: „Pozemu? (warum?), sie wären doch ihre Brüder“. Manche waren so wütend, dass sie versuchten, die Soldaten aus den Panzern zu holen. Um das Erlebte zu verstehen, fehlten uns in diesem Augenblick die Zusammenhänge. In Prag herrschte der Ausnahmezustand!

Bis zu unserer Rückkehr hatten wir nicht so richtig begriffen, wie gefährlich die gemachten Fotos für uns werden könnten. In Bad Schandau wurde unser Zug auf das Nebengleis geschoben. Bewaffnete Uniformierte standen mit Hunden auf dem Bahnsteig. Im Zug wurde nach Flugblättern und Filmen gefragt und es wurde auch kontrolliert. An uns ging die Kontrolle vorbei. Öffentlich entwickeln ließen wir den Film natürlich nicht. Bis zur Wende zeigten wir die Fotos nur unseren engsten Freunden.



Fotos: Gisela Z.



Fotos: Gisela Z.





## Wir müssten wachsam sein

### Bernhard Bräuner

*Im Mai 1968 begann für den damals 19-jährigen Bernhard Bräuner der Grundwehrdienst in einem Ausbildungsbataillon der Grenztruppen in der NVA. In Zusammenhang mit den Ereignissen des Prager Frühlings erinnert er sich:*

Das Ausbildungsbataillon lag in Dittrichshütte bei Saalfeld. In der halbjährigen Ausbildung sollten wir auch politisch auf Linie gebracht und psychologisch darauf eingestellt werden, an vorderster Front dem Klassenfeind Paroli zu bieten. Man beteuerte uns, dass wir ein besonderes Vertrauen genießen würden. Damals gab es ja noch Grenzabschnitte ohne Minen. Und wir sollten uns auch privilegiert fühlen – wir bekamen öfters Apfelsinen, Bananen und anderes, was es außerhalb der Kaserne nicht gab.

In Dittrichshütte wurden normalerweise ausschließlich Rekruten für den Einsatz an der Westgrenze ausgebildet, speziell zu Bayern und Hessen. Ich selbst lernte, Militärfahrzeuge zu fahren. Zunehmend wurden wir dann aber darauf vorbereitet, eventuell an einer anderen Grenze gebraucht zu werden. Das begann mit der Information, die im Mai auch in DDR-Zeitungen stand: Amerikanische Panzer würden sich – unter dem Vorwand, einen Kriegsfilm zu drehen – in der ÈSSR aufhalten. Das sollte uns argwöhnisch machen, ob die ÈSSR die Gefahr überhaupt nicht sehe, die sie mit ihrer jüngsten Entwicklung zulasse.

Die Abteilung Organisation/Kader, Sektor Parteiinformation der SED-BL Gera fasst am 10. Mai 1968 u.a. zusammen: ausgehend von den Informationen über Rundfunk und Presse zum Aufenthalt von Militärangehörigen der USA in Prag „breite Kreise unserer Werktätigen und besonders unsere Genossen in der Mehrzahl der Betriebe große Besorgnis und Empörung zum Ausdruck“ bringen. Eingefangen wurde z. B. die Frage: „Wieso lassen die Staatsorgane der ÈSSR zu, dass Panzer der US-Armee und als Touristen getarnte Soldaten in die ÈSSR einreisen dürfen, um ‚angebliche‘ Filmaufnahmen zu drehen? Haben die Genossen der ÈSSR nichts von verdeckter Kriegsführung gehört?“

## USA-Angehörige zu Filmaufnahmen in Prag

Berlin (ADN). Über den Aufenthalt von Militärangehörigen der USA in Prag informiert am Donnerstag die „Berliner Zeitung“ ihre Leser. Sie schreibt, aus Kreisen ausländischer Journalisten, die in der tschechoslowakischen Hauptstadt akkreditiert sind, werde bekannt, daß gegenwärtig Gruppen von USA-Staatsbürgern in Prag eintreffen, die angeblich als Filmstatisten auftreten sollen. Eine größere Gruppe von Amerikanern wohnt bereits im Prager Hotel „International“. Ihr Aufenthalt soll mit Dreharbeiten zu einem Film im Zusammenhang stehen, der in den kommenden sechs Monaten entstehen soll und die Rolle der amerikanischen Truppen

bei den Kämpfen zur Befreiung der Tschechoslowakei während des zweiten Weltkrieges behandelt. In der „Berliner Zeitung“ heißt es dann: „Wie weiter verlautet, wurden zur Gestaltung der Kampfszenen Angehörige der amerikanischen Truppen sowie acht USA-Panzer nach Prag gebracht. Angehörige der westdeutschen Bundeswehr mit drei Panzern werden noch in den nächsten Tagen in Prag erwartet. Darüber hinaus wird bekannt, daß Soldaten der auf westdeutschem Boden stationierten amerikanischen Spezialtruppen als Touristen mit westdeutschen Reiseomnibussen in die CSSR einreisen werden.“

Abbildung: Presseorgan der SED-BL Gera, Volkswacht 10. Mai 1968, Seite 2

Diese Gefahr wurde uns immer wieder vor Augen geführt. Die Schlussfolgerung war natürlich: Wir müssen wachsam sein, können das nicht auf Dauer einfach nur anschauen und müssen bereit sein, den Klassenbrüdern in der Tschechoslowakei beizustehen. Man befürchtete, dass die ÈSSR aus dem Verbund der Warschauer-Vertrags-Staaten ausbricht. Und wir wurden ideologisch darauf vorbereitet, militärisch mit dafür zu sorgen, dass das nicht geschieht. Um zu erfahren, was in der ÈSSR überhaupt ablief, hörten wir auch Informationen über Transistorradios, die einige aus dem Urlaub mitgebracht und versteckt hatten. Die hatten zwar nur Kurz- oder Mittelwelle, aber die bayrischen Sender waren ja nicht weit weg. Eigene Empfangsgeräte waren streng verboten. Wir sollten uns ja nicht vom Klassenfeind über politische oder militärische Spannungen informieren lassen. Die Lage war also schon angespannt, als unsere Ausbildungskompanie einen Kurzurlaub erhielt.

In Kraftsdorf, also zu Hause im Urlaub, bekam ich ein Telegramm, wie alle aus meiner Kompanie, dass ich unverzüglich zurückzukehren habe. Da waren wir alle sehr unruhig und besorgt. Wir mussten damit rechnen, in kriegerische Auseinandersetzungen eingebunden zu werden. Ich hatte mich deswegen zu Hause auch ganz anders verabschiedet als vor meinem Grundwehrdienst. Wir wussten nicht, was kommen würde. Als ich in Dittrichshütte ankam, waren die Fahrzeuge in der Kaserne schon zu einer Kolonne



zusammengestellt worden. Wir trugen den ganzen Tag über Kampfanzug, auch in der Nacht. Die Waffenkammern waren geöffnet. Die Situation wurde dann noch dadurch verschärft, dass wir die Waffen auch mit in die Speisesäle nahmen und nachts am Bett hängen hatten. Wir sollten noch schneller bereit sein, in Marsch gesetzt werden zu können. Die abfahrbereiten Fahrzeugkolonnen mit verladener Munition etc. wurden auf beiden Seiten Tag und Nacht bewacht. Die Kraftfahrer schliefen zum Teil in den Fahrzeugen. In diesen Tagen erhielten wir zwar noch einige besondere Ausbildungen, aber keine, die uns daran gehindert hätte, in kürzester Zeit mit unseren Mannschaftswagen abzufahren. Schieß- und Übungsplätze oder Sturmbahnen gab es da für uns also nicht.

Abgezogen wurden aus dem Ausbildungsbataillon dann aber nur einzelne Gruppierungen. Die verstärkten, so wurde uns das erklärt, den Schutz jener Grenze, die damals besonders gesichert werden musste. Von beteiligten Kameraden erfuhr ich, dass es durch zu hastige Transportvorgänge einige Unfälle und Kollisionen gab, die auch mit größeren technischen Verlusten verbunden waren.

Seit Ende Juli 1968 lagen damals große Panzereinheiten der NVA in den Wäldern um Hermsdorf. Einige Panzer hatte ich selbst noch im Kurzurlaub gesehen. Sie waren mit dem senkrechten weißen Strich markiert, jenem Kennzeichen der Militärfahrzeuge, die in die ÈSSR einrollen sollten. Nach eigener Darstellung führten sie hier angeblich eine Militärübung durch.

Später erfuhr ich von einem Arbeitskollegen, dass junge Leute sich auf die Straße gelegt hatten, als die Panzertruppen nach dem 21. August 1968 durch Hermsdorf rollten, um in Richtung ÈSSR verlegt zu werden. Sie wollten die Panzer damit zumindest behindern. Aufhalten konnten sie diese natürlich nicht, aber sie haben wenigstens versucht, etwas zu tun. Was mit diesen jungen Leuten passiert ist, weiß ich nicht.

## Der Operative Vorgang „Fenster“

*Am 28. August 1968 schrieb eine 36-jährige Arbeiterin des VEB Carl-Zeiss-Jena, Betrieb für Informationsverarbeitung Gera an ihre Tante in Celle:*

„Bei uns überall herrscht eine nervenzerreißende Stimmung, dass wir uns allseitig westlich informieren, ist wohl selbstverständlich, da man ja unseren Falschmeldungen und Hetzereien keinen Glauben schenken kann. Allerdings gibt es leider auch sehr, sehr viele Spitzel oder Parteigenossen, welche gewiß selbst auch ganz anders denken, aber jede Gelegenheit wahrnehmen, einen Menschen zu verraten und ins Zuchthaus zu bringen. Die „Andersdenkenden“ sind aber Gott sei Dank ein weit größerer Prozentsatz, aber niemand getraut sich, was zu sagen. Man steht in den letzten Tagen seit dem Überfall auf die ESSR ständig mit einem Bein im Zuchthaus und sitzt wie auf einem Pulverfass ...

Ein junger Mann stürzte sich vor einigen Tagen aus einem sehr hohen Gebäude, nachdem man ihm angeblich fristlos gekündigt hatte. Tatsache ist aber, dass er aufgrund seiner politischen Einstellung und seiner sehr frei geäußerten Meinung vom Staatssicherheitsdienst in Gewahrsam genommen werden sollte. Er sah das von oben und ehe es jemand verhindern konnte, war er schon in die Tiefe gesprungen. Das Schicksal wollte es, dass er sich der Höhe angemessen nur leicht verletzte, Bruch beider Unterarme, Beckenbruch, linksseitige Prellungen. Nach einigen Wochen wird er nun doch seinem furchtbaren Schicksal entgegen gehen müssen ...

Ich weiß, dass Du mit mir einer Meinung bist und dies alles für furchtbar hältst. Man weiß ja bei Euch, wie wir gebunden sind im Reden und Handeln, aber dennoch möchte ich Dich bitten, dies in die Öffentlichkeit zu tragen, soweit dies möglich ist. ...

Niemand von Euch ist in der Lage, den Menschen hier zu helfen, das wissen alle, aber es soll bekannt werden, wie man darunter leidet und alle freien Menschen sollen daran denken, dass wir immer und immer nur gezwungen sind zum „Ja sagen“ und Unterschrift leisten. ...

Wenn es in Deiner Macht liegt, diese Schändlichkeiten bekannt werden zu lassen, wäre ich Dir sehr dankbar. Die Last drückt einen zu Boden. Vielleicht kannst Du es Deiner Kirche mitteilen, damit alle gläubigen Menschen aufhorchen und wissen, was hier gespielt wird.“

Dieser Brief wurde von der Postkontrolle des MfS geöffnet und sofort den Ermittlern der MfS-Bezirksverwaltung Gera übergeben. Diese sahen in den verzweifelten Zeilen den objektiven Tatbestand der strafbaren Hetze nach § 106 des DDR-Strafgesetzbuches. Die Bitte an die Tante, in ihrer Kirche über das Geschilderte zu sprechen, erfüllte für das MfS den im § 206 geforderten bewussten Vorsatz der Aufwiegelung.

Die Verfasserin des Briefes hatte aber schon befürchtet, dass die noch stärkere Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der DDR nach dem Prager Frühling dazu führen würde, dass Briefe zwischen Ost und West intensiver überprüft würden. Sie hatte ihren Brief deshalb nur mit „J“ unterschrieben, ihre Adresse weggelassen und ihre Tante angehalten, sich nicht zu ihren Schilderungen zu äußern. Das könnten DDR-Behörden lesen und das bliebe nicht ohne Folgen, begründete sie. Die Fahndung nach „J“ erforderte aufwändige kriminalistische Ermittlungen. Eine Spur hatten die Ermittler.

Für das MfS war der im Brief erwähnte junge Mann, ein 22-jähriger Mechaniker, bereits eine „operativ bekannte Person“. Dafür hatten allein die im Sommer 1968 vom MfS präzisierten Anweisungen gesorgt, wie über politisch verdächtige Personen berichtet werden soll. Das MfS hatte so auch die Namen von Zeiss-Beschäftigten, die in Kurzversammlungen am Morgen nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt Staaten in die ESSR aufgefallen waren, weil sie z. B. kollektive Resolutionen nicht unterschrieben hatten. Wie überall in der DDR sollten solche Versammlungen die „richtigen Argumente“ vermitteln und die öffentliche Zustimmung sichern. Besonders herausgestellt wurde in der Abschrift eines Berichtes zur Lage und Stimmung im Zeiss-Betrieb vom 21. August 1968 das provokatorische Verhalten des Mechanikers. Angekündigt wurde, dass er wegen wiederholter Provokationen fristlos entlassen wird. Der Selbstmordversuch des Mechanikers sollte im Betrieb natürlich zu keinerlei Spekulationen führen.

Den Verfasser des Briefes vermutete das MfS zunächst im Kreis der NDPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), deren Mitglied auch der Mechaniker war. Alle Niederschriften in Personalakten und Anträgen von Mitgliedern und Funktionären der NDPD wurden mit der Schrift im Brief verglichen. Möglich wurde das, wie das MfS am 25. September 1968 in einer Akte vermerkte, durch die Mithilfe von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) in Schlüsselpositionen innerhalb der NDPD.

## Aktenvermerk der Abteilung XX/2 des MfS, BV Gera

|                |                     |
|----------------|---------------------|
| Abteilung XX/2 | Gera, den 9.10.1968 |
|----------------|---------------------|

BStU  
000017

A k t e n v e r m e r k

Da der Schreiber im Inhalt sehr gut über die Zusammenhänge des Vorkommnisses informiert ist, welches sich im VEB Carl Zeiß Jena Stammbetrieb für Informationstechnik Gera zugetragen hat durch den [REDACTED], wurde zunächst in der weiteren Fahndungsarbeit der Personenkreis eingengt.

Folgende Maßnahmen wurden durchgeführt:

Zunächst wurden alle Personen überprüft, welche unmittelbar mit den [REDACTED] zusammengearbeitet haben. Es handelt sich hierbei um die Beschäftigten der Abteilung I P/22 (20 Personen.)

Danach wurden alle Kaderunterlagen überprüft der weiblichen und männlichen Personen mit den Anfangsbuchstaben J und J im Familiennamen.

Hierbei wurden ca. 80 Personalakten überprüft.

Diese Maßnahme machte sich notwendig, da der Schreiber als Unterschr. den Buchstaben J angab.

Diese Maßnahme hatte den Vorteil, eine weitere Reihe von Überprüfungen einzuschränken, da der Brief in der Analysierung von einer weiblichen Person mit hoher Wahrscheinlichkeit geschrieben wurde.

Bei dieser Überprüfung im VEB Carl Zeiß Betriebsteil Gera konnte nach Durchsicht der genannten Personalakten der Schreiber des Hetzbriefes ermittelt werden.

Es handelt sich um die Person

[REDACTED]

geb. [REDACTED] 1934 in Gera  
 wohnhaft Gera [REDACTED]  
 beschäftigt im g. Betrieb als Hilfskontrolleur

Hühn  
Ultn.

Abbildung: BStU, MfS, BV Gera, AOP 763/69

Die „Täterin“ wurde gefunden. Verhaften und vernehmen konnte das MfS die Zeiss-Arbeiterin aber allein auf Grund des Briefes nicht. Zugegeben werden konnte nicht, dass mit der geheimen Postkontrolle gegen das in der Verfassung festgeschriebene Postgeheimnis verstoßen wurde. Formal wollte die DDR den Schein wahren, politische Straftaten nach rechtsstaatlichen Prinzi-

pien zu verurteilen, deshalb konnten konspirativ beschaffte Beweise vor Gericht nicht benutzt werden. In den Ermittlungsverfahren musste das MfS darum „legale Beweise“ mit Hilfe von Zeugen oder durch Geständnisse beibringen.

Um die Verfasserin des Briefes verhaften zu können, wurden andere Beweise für ihre „feindlichen bzw. negativen gesellschaftlichen Einstellungen und Handlungen“ benötigt. Das MfS eröffnete den Operativen Vorgang (OV) „Fenster“ mit einem fünfseitigen Maßnahmeplan. Ziel dieses OV war es, die konspirativen Beweise zu officialisieren und damit Verurteilungen nach den politischen Kriterien des DDR-Strafgesetzbuches zu ermöglichen. Unter Einbeziehung von IM wurde das gesamte Umfeld der Zeiss-Arbeiterin nach belastenden Hinweisen abgesucht. In allen Betrieben, in denen die gelernte Weberin zuvor gearbeitet hatte, im Wohngebiet und auch in der Schule ihres 12-jährigen Sohnes wurde nach Beweisen hetzerischer Tätigkeit gesucht.

Wie beim Schreiben des Briefes achtete die 36-jährige Mutter vorsichtig darauf, wem sie etwas sagte. Das galt besonders für ihre Familie, da ihr Vater bereits wegen staatsgefährdender Äußerungen Mitte der Fünfziger Jahre zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Das MfS fand also wegen „negativer Diskussionen“ keine Beweise „weil sich die gesamte Familie ... Gesprächen politischer Art anderen Personen gegenüber enthält.“ Befragungen zu Verbindungen nach Westdeutschland und Westberlin brachten ebenfalls kein Ergebnis.

Der ABV konnte nur die üblichen Indizien für eine negative politische Einstellung der Familie melden: Sie besuchte keine Versammlungen. Ihr Haus war das einzige in der Straße, an dem zu angeordneten Anlässen keine DDR-Fahne hing. Mutter und Tochter gingen nicht zur Wahl, als der Vater in Haft saß. Einen negativen Ruf in der Nachbarschaft konnte der ABV nicht belegen. Auch der Bericht des IM aus ihrer Betriebsabteilung ergab keine neuen Ansätze. Er bescheinigte ihr eine sehr gute Arbeit, einen stets ordentlichen Arbeitsplatz. Politisch kapselte sie sich zwar ab, aber die Begründung „sie wisse nichts, habe von nichts gehört und habe einfach keine Zeit für gesellschaftliche Arbeit“ gab dem MfS nichts in die Hand. Dass sie vorlaut gegenüber Vorgesetzten ist und laufend über Maßnahmen des Leitungskollektivs meckere, wusste das MfS schon aus einer Aktennotiz der Kaderabteilung. 1966 wurde sie deswegen in eine andere Abteilung versetzt und der Qualifizierungsvertrag mit ihr zurückgezogen. Solange „vorlautes“ Auftreten nicht politisch war, hatte es nur berufliche Konsequenzen. Nachforschungen, wie sich die staatsfeindliche Einstellung der Mutter auf ihren Sohn auswirke,

führten nur zu der überraschenden Feststellung, dass der seit dem 3. Schuljahr eine Russischspezialklasse besuchte.

Im Februar 1969 glaubte das MfS nicht mehr, dass der Einsatz weiterer IM „noch neue belastende Momente für den Tatbestand der Hetze“ bringen könnte. Ein Weg, den Brief vor Gericht nutzen zu können, wurde ebenfalls nicht gefunden. Ein Ermittlungsverfahren konnte nicht eingeleitet werden. Das MfS musste deshalb den Operativen Vorgang „Fenster“ mangels Beweise zu den Akten legen. Die Brisanz des Briefes war der Zeiss-Arbeiterin sicher klar, wie knapp sie der Verhaftung entgangen war, bestimmt nicht.

Um an dem Bild – in der DDR wird niemand entlassen oder gar verhaftet, weil er seine eigene Meinung frei äußert – erst gar keine Zweifel aufkommen zu lassen, wurde gleich am Tag nach dem Selbstmordversuch des Mechanikers eine Betriebsversammlung einberufen. Auf ihr wurde die Belegschaft informiert, dass der Mechaniker schon in der Vergangenheit „in hetzerischer und provokatorischer Weise auftrat.“ Nach dieser „Aufklärung“ notierte das MfS zum neuen Stand des „Vorkommnisses“: „Die Belegschaftsmitglieder distanzieren sich von der Person und es traten keine wesentlichen negativen Meinungen über diesen Vorfall in Erscheinung“. Der Bericht würdigte ferner, dass Partei- und Gewerkschaftsorganisation auftretenden negativen Meinungen künftig erst gar keinen Raum bieten wollen. Die Zustimmung der Belegschaft zu den „Hilfsmaßnahmen“ sollte in einer Stellungnahme in der Presse dokumentiert werden. Und um zu demonstrieren, dass in der DDR selbst Personen nicht fallen gelassen werden, die in der Vergangenheit laufend gegen die Maßnahmen des Staates hetzten, sollte ein Genosse im Krankenhaus Verbindung zu dem Mechaniker aufnehmen.

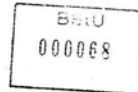
## Internes Schreiben der Kaderabteilung



# V E B C a r l Z e i s s J E N A

Betrieb für Informationsverarbeitungstechnik Gera

Postanschrift des Absenders: VEB Carl Zeiss JENA, Betrieb für Informationsverarbeitungstechnik Gera  
35 Gera, Keplerstraße, Postfach 225  
Deutsche Demokratische Republik



Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Heftzahl

Bitte stets angeben!  
Unser Zeichen/Auftrags-Nr.

65 Gera

22.8.1968

Betr.: Besonderes Vorkommnis Kollege [REDACTED] geb.  
[REDACTED].1946, Beruf: Büromaschinenmechaniker; Mitglied der  
NDPD seit 1965

Kollege [REDACTED] wurde am 18.12.1967 in unserem Betrieb als Mechaniker im Meisterbereich IP 22 eingestellt. Bei der Einstellung stellte sich im persönlichen Gespräch heraus, daß Kollege [REDACTED] vor einigen Jahren durch das Ministerium für Volksbildung aus der Oberschule in [REDACTED] entfernt werden mußte. Näheres Befragen ergab, daß er an der Oberschule in "Staatsbürgerkunde" seiner Lehrerin gegenüber provokatorisch auftrat. Auf die Äußerung seiner Lehrerin hin, daß in Westdeutschland der Neonazismus groß wird und daß man offen Ehrenzeichen der faschistischen Zeit zeigt, äusserte er, daß er das n i c h t glaube. Einige Zeit später präsentierte er seiner Klasse und der Lehrerin ein Antwortschreiben des Bundesinnenministeriums, welches auf seine Anfrage hin erklärte, daß es so etwas nicht gäbe und daß sich jeder DDR-Bürger durch eine Reise in die Bundesrepublik davon überzeugen könnte. Auf Grund dieser und einiger anderer Vorfälle wurde er damals von der Schule entfernt.

Eine Unterhaltung mit einem Schulkameraden ergab auch, daß Kollege [REDACTED] anlässlich eines faschistischen Gedanktages mit \$ Braunhemd und Schlips in der Schule erschien.

Weiterhin erzählte er uns auch, daß er zum Beispiel anlässlich des Ablebens des amerikanischen Präsidenten J.F. Kennedy ein Beleidsschreiben an die amerikanische Botschaft gesandt hätte.



- 2 -

Besuchzeit: 8 bis 13 Uhr, außer Mittwoch und Sonnabend

Fernsprecher  
Gera 22661-43Fernschreiber  
Gera 056 138Drehwerk  
Zeiss GeraIndustrie- und Handelsbank  
im VEB Carl Zeiss JENA  
Konto-Nr. 1561/1100301Postcheck  
Erfurt 41 31Betriebs-Nr.  
10/2003

Alle geschäftlichen Mitteilungen erbitten wir unter der Anschrift des Betriebes, ohne Angabe einer bestimmten Person.

9.50/65

V-52 Mn-G 1 68



- 2 -



Für die Kaderleitung und die Abteilungsleitung war klar, daß wir für unser Kollektiv hier eine wichtige Entscheidung treffen mußten.

Wir haben Kollegen [REDACTED] in einer eingehenden Aussprache darauf hingewiesen, daß wir wichtige Aufgaben für unseren Staat zu erfüllen haben und daß wir ihm nahelegen, durch seine Arbeit zu beweisen, daß er für unser Kollektiv nicht schädigend wirkt. Er erkannte voll und ganz, daß wir ihm Vertrauen schenkten, dankte uns dafür und verpflichtete sich zu einwandfreiem Auftreten.

Wir wurden auch darüber informiert, daß Kollege [REDACTED] Epileptiker ist und es wurde angewiesen, daß er nicht an Maschinen arbeiten darf. Das wurde auch realisiert.

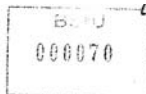
In der Arbeit in der Brigade zeigte sich, daß Kollege [REDACTED] seine Aufgabe recht fleissig und gewissenhaft erledigte. Bald stellte sich aber heraus, daß er versuchte, in der Abteilung in politischen Diskussionen in den Vordergrund zu treten, d.h. er verwickelte oftmals Kolleginnen und Kollegen in Gespräche, die nicht im Sinne unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates lagen. Er wurde durch seinen Meister darauf hingewiesen, daß er in dieser Richtung ordentlich auftreten müsse.

Anlässlich des Volksentscheides im April 1968 leistete sich Kollege [REDACTED] einen weiteren Höhepunkt in der Kette seiner provokatorischen Reden. Obwohl im Betrieb die Fragen Kirche-Staat nie eine besondere Rolle in den Diskussionen zum Volksentscheid gespielt haben, griff er eine Bemerkung einer Kollegin auf und trat auf der Wählervertreterkonferenz der Stadt Gera als erster Diskussionsredner auf und legte den dort Anwesenden dar, daß er als Vertreter von Zeiss eine Frage zu dem Problem Kirche-Staat geklärt haben wolle. Es muss gesagt werden, daß er weder Mandat noch den Auftrag seines Kollektivs hatte, um dort für Zeiss auftreten zu können. Es waren im Gegenteil für unseren Betrieb einige Wählervertreter anwesend. In der später mit ihm geführten Aussprache stellte sich heraus, daß Kollege [REDACTED] von seiner Wohnparteiorganisation der NDPD ein Mandat hatte. Ihm wurde in der Aussprache mit dem Parteisekretär und dem Betriebsleiter klar gemacht, daß man sein Auftreten in dieser Konferenz leider in derselben Linie werten muß wie zum Beispiel das Auftreten während seiner Oberschulzeit. Man legte ihm klar auseinander und er akzeptierte das auch, daß das sein letzter Auftritt in dieser Hinsicht sein konnte.

In der späteren Zeit befolgte er allerdings diesen Ratschlag, wie sich in der heute durchgeführten Abteilungsberatung herausstellte, nicht. Kollege [REDACTED] versuchte vielmehr, unsere jungen Genossinnen, die sich im Bereich befinden, unter anderem davon zu überzeugen, daß sie doch sehr schlecht informiert seien und sich mal das Westfernsehen ansehen sollten. Ausserdem führte er auch Gespräche mit Kollegen über Partei und Kirche, wobei zum Ausdruck kam, daß er fest an die Kirche glaube und er den Genossinnen gegenüber ausserte, daß sie ja doch auch von ihrer Partei nichts hätten.

- 3 -

- 3 -



Durch die fortgesetzten negativen Diskussionen gewann er sichtlich Boden in seiner Brigade und es gelang teilweise sogar, eine in seiner Brigade befindliche Genossin einzuschüchtern.

Bei dem gestrigen Bekanntwerden der Entscheidung der Warschauer Faktstaaten bezüglich der Ereignisse in der CSSR beteiligte sich Kollege [REDACTED] führend an den Diskussionen und es machte ihm sichtlich Spaß, im Mittelpunkt dieser Diskussionen zu stehen und durch seine schlaun Fragen die diskutierenden Funktionäre zu provozieren. Ausserhalb der mit der Brigade geführten Diskussion begann er abermals sich damit zu brüsten, daß und wesehlab er damals aus der FDJ ausgeschlossen wurde und erklärte zum Beispiel auch, daß Karl-Eduard von Schnitzler im "Schwarzen Kanal" zum Beispiel den Höferschen Frühschoppen des Westfernsehens oftmals entstellt wiedergibt. Dabei reichte ihm der Empfang eines Westfernsehensenders nicht aus und er erklärte vor der Brigade, daß er darüber empört sei, daß die von ihm dringend benötigten Bauteile für das 2. Westfernsehprogramm aus Westpaketen, die an ihn gerichtet seien, entfernt werden.

Es nimmt kein Wunder, wenn in diesem Zusammenhang ein anderer Kollege in seiner Brigade auftritt und alle Informationen, die in unserer Presse und im Rundfunk über politische Ereignisse gemacht werden, für unglaublich hält.

Nach den Diskussionen fühlte sich Kollege [REDACTED] auch bemächtig, zur Verwunderung unserer Kolleginnen und Kollegen, im Parade-schritt durch die Abteilung zu marschieren. Von diesem absonderlichen Auftreten wurde dann unter anderem der Parteisekretär und der Betriebsleiter durch die Kollegen informiert.

Aus diesem Grund fand heute 9,15 Uhr eine Abteilungsversammlung statt, an der Vertreter der Betriebsleitung, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Parteileitung teilnahmen. Von den Genossen und Kollegen wurde der Werdegang des Kollegen [REDACTED], besonders sein Verhalten auf politischen Gebiet, dargelegt. Es wurde eine umfassende Diskussion geführt, an der sich Vertreter der Brigaden und Funktionäre der genannten Leitungen beteiligten.

Durch die Aussprache kamen noch viele Fakten zutage, die eindeutig zeigten, daß Kollege [REDACTED] als gebildeteer Mensch genau wußte, was er tat und daß sein Auftreten eine fortgesetzt Provokation darstellte. Er mußte eingestehen, daß er sich nicht an seine Versprechungen im beim Eintritt in unseren Betrieb gehalten hat und daß er fortgesetzt störend durch seine Diskussionen auf die Brigaden einwirkte. Es wurde von vielen Kolleginnen und Kollegen bestätigt, daß er bei noch längerem Bleiben im Kollektiv noch mehr Schaden anrichten würde.

Der Betriebsleiter faßte die Diskussionen aller Kollegen zusammen und brachte nochmals zum Ausdruck, daß der Kollege [REDACTED] auch nach den Aussprachen in der Betriebsleitung und Parteileitung nicht gewillt war, all seine Kraft für unsere gute Sache einzusetzen.

Da dem Betriebsleiter seit längerer Zeit bekannt war, daß Kollege [REDACTED] im Betrieb Fa. Paul Werner KG Gera eine Arbeit aufnehmen wollte, stellte er ihm anheim, diese Arbeit dort baldmöglichst aufzunehmen.

- 4 -

- 4 -

BStU  
000071

In Anbetracht aller genannten Tatsachen und der angespannten Situation, die gegenwärtig in der internationalen politischen Lage herrscht, sprach sich der Betriebsleiter für klare Verhältnisse aus. Er sprach vor der Abteilung, auf Grund der fortgesetzten Provokation unserer Menschen durch den Kollegen [REDACTED], seine fristlose Entlassung aus,

Danach wurde kurz noch um Meinungen gefragt und anschliessend die Versammlung geschlossen. Kollege [REDACTED] erhob sich mit den andere Kollegen, nahm seine Brotbüchse aus seinem Arbeitstisch und begab sich aus dem Montageraum. Plötzlich stellten einige Kollegen fest, daß Kollege [REDACTED] auf seinen Arbeitstisch sprang und Anstalten machte, aus dem Fenster zu springen. Zwei Kollegen packten ihn und rissen ihn zurück. Von Kollegen [REDACTED] wurden die Kollegen [REDACTED] und [REDACTED] beauftragt, den Kollegen [REDACTED] zur Betriebsschwester zu bringen, um ihn dort noch einmal zu beruhigen. Die genannten Kollegen begleiteten Kollegen [REDACTED] auf den Flur. Dort sprach Kollege [REDACTED] zu Kollegen [REDACTED], seinem ehemaligen Mitschüler, er solle ihn in Ruhe lassen, es hätte ja doch alles keinen Sinn. Kurz vor dem Ende des Flures lief Kollege [REDACTED] etwas schneller, Kollege [REDACTED] rannte hinterher und musste feststellen, daß Kollege [REDACTED] sich schon auf dem unter dem Fenster angebrachten Dampfheizung befand und gerade im Begriff war, aus dem 3. Stock aus dem Fenster zu springen. Kollege [REDACTED] konnte ihn zwar noch am Fuß erwischen, es war ihm aber nicht mehr möglich, ihn zurückzureißen. Sofort wurde über Notruf ein Krankenwagen angerufen und Minuten später war der Betriebsarzt und die Betriebsschwester, die sich im Hause befanden, zur Stelle. Kollege [REDACTED] wurde ins Sanitätszimmer gebracht. Kurze Zeit später wurde er in das Bezirkskrankenhaus eingeliefert. Wie wir von dort hören, besteht keine Lebensgefahr.

Nach der Klärung des ersten Sachverhaltes begab sich die Kollegin [REDACTED], Kaderleiterin, und der Kollege [REDACTED], Abteilungsleiter, zum Vater des Kollegen [REDACTED]. Sie teilten ihm mit, daß sein Sohn einen Selbstmordversuch begangen hat und daß er sich im Bezirkskrankenhaus befindet. Die Eltern sollten sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung setzen, dort würden sie näheres erfahren.

Der Vater des Kollegen [REDACTED] hat gegen die fristlose Entlassung Einspruch erhoben. In einer Beratung der Konfliktkommission wurde dieser Einspruch abgelehnt.

Von Carl Zeiss Jena  
Betrieb für Informationsver-  
arbeitungstechnik G e r a

[REDACTED]  
Betriebsleiter[REDACTED]  
Kaderleiterin





Fotos: Armin Krüger

## **Einschätzung der Bezirksparteikontrollkommission vom 12. November 1968:**

„... es ist dem Gegner nicht gelungen unter Ausnutzung der Ereignisse in der ESSR politisch-ideologisch in die Reihen unserer Partei einzudringen. ... Die Ergebnisse dieser politisch-ideologischen Erziehung zeigten sich Anfang August des Jahres, als Einheiten der zeitweilig in der DDR stationierten Truppen der Sowjetarmee und der NVA in unseren Bezirk in Bereitstellung gingen. Die meisten Genossen erkannten die politische Bedeutung und überzeugten die Werktätigen von der Richtigkeit dieser Maßnahmen. Lediglich mit einzelnen Genossen musste sich darüber auseinandergesetzt werden...“

Zweieinhalb Wochen nach der ESSR-Besetzung hatten die Ermittlungen DDR-weit folgenden Umfang erreicht: 404 MfS-Ermittlungsverfahren und 550 Polizei-Verfahren gegen namentlich bekannte Bürger. Hinzu kamen noch zahlreiche Ermittlungen gegen Unbekannt, die bei den Kreisstellen der Staatssicherheit und der Kriminalpolizei geführt und teilweise erst zwei Jahre später eingestellt wurden.

DDR-weit hatte die Staatssicherheit bis Mitte September insgesamt 384 Ermittlungsverfahren laufen, von denen einige schon abgeurteilt waren. Zum 18. September befanden sich noch 276 Menschen in einer der 17 Stasi-U-Haftanstalten – davon wiederum 229 wegen „staatsfeindlicher Hetze“, 36 wegen „Staatsverleumdung“ und nur einer mit einem kriminellen Strafgrund.

## Abkürzungsverzeichnis

|       |                                                                                                 |
|-------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|
| ABV   | Abschnittsbevollmächtigte der Polizei                                                           |
| AOP   | Archivierter Operativvorgang                                                                    |
| AU    | Archivierter Untersuchungsvorgang                                                               |
| BL    | Bezirksleitung                                                                                  |
| BPO   | Betriebsparteiorganisation                                                                      |
| BStU  | Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR       |
| BV    | Bezirksverwaltung                                                                               |
| DDR   | Deutsche Demokratische Republik                                                                 |
| ÈSR   | Tschechoslowakische Republik (1918–1939 und 1945–1960)                                          |
| ÈSSR  | Tschechoslowakische Sozialistische Republik                                                     |
| DTSB  | Deutscher Turn- und Sportbund                                                                   |
| IM    | Inoffizielle Mitarbeiter                                                                        |
| KFZ   | Kraftfahrzeug                                                                                   |
| KL    | Kreisleitung                                                                                    |
| KPÈ   | Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei                                                     |
| LKW   | Lastkraftwagen                                                                                  |
| ND    | Neues Deutschland                                                                               |
| NDPD  | Nationaldemokratische Partei Deutschlands                                                       |
| NVA   | Nationalen Volksarmee                                                                           |
| MfS   | Ministerium für Staatssicherheit                                                                |
| PKW   | Personenkraftwagen                                                                              |
| SED   | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands                                                      |
| SSM   | Sozialistischer Jugendverband der ÈSSR                                                          |
| ThStA | Thüringer Staatsarchiv                                                                          |
| TLStU | Thüringer Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR |
| VEB   | Volkseigener Betrieb                                                                            |
| VOS   | Vereinigung der Opfer des Stalinismus                                                           |
| ZK    | Zentralkomitee                                                                                  |

**Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus  
der politischen Haftanstalt 1933 – 1945 und 1945 – 1989  
Amthordurchgang 9  
07545 Gera**



**Öffnungszeiten:**

|            |                   |
|------------|-------------------|
| Dienstag   | 14.00 – 18.00 Uhr |
| Donnerstag | 14.00 – 18.00 Uhr |
| Samstag    | 14.00 – 18.00 Uhr |

Sonderöffnungszeiten auf Anfrage möglich

**Kontakt:**

Telefon: 0365 552 76 30  
Telefax: 0365 552 76 39  
Mail: [info@torhaus-gera.de](mailto:info@torhaus-gera.de)  
Home: [www.torhaus-gera.de](http://www.torhaus-gera.de)

**Spendenkonto:**

Bei der HypoVereinsbank:  
Kontonummer: 4 37 75 83  
Bankleitzahl 830 200 86